

fehlt: das Grundrecht der Freiheit des Gewissens, der Persönlichkeit und der Gemeinschaft.

Mit der Tendenz der sozialen Forderungen des Brandenburger Jugendparlaments können wir weithin uns einverstanden erklären, halten aber eine propagandistische Art utopischer Forderungen weder erzieherisch noch sachlich für zweckmäßig.

Wir wiederholen: Das Positive in der Arbeit des Brandenburger Jugendparlaments anerkennen wir mit Freude und arbeiten dazu gern in der gesamtdeutschen Jugend mit."

Wie das evangelische sächsische Kirchenblatt vom 13. 4. 1947 berichtet, sieht die neue *sächsische Verfassung in den Schulen wöchentlich nur 1 Stunde Religionsunterricht* vor. Dieser Unterricht wird durch Lehrkräfte, die von den Kirchen ausgebildet und angestellt werden, erteilt. Zu dieser einzigen Religionsstunde schreibt das evangelische Blatt:

„Wenn diese Stunde sinnvoll sein soll, so muß wohl noch einiges andere hinzukommen, sie zu stützen und zu schützen. Zum Beispiel das Interesse der Eltern. Stellt euch doch bitte recht genau vor, was diese eine Stunde in der Woche zuwege bringen soll! Sie soll Kinder, von denen ein großer Teil sonst mit der ‚Religion‘ kaum oder gar nicht in Berührung kommt, mit der Religion vertraut machen. Das ist ein sehr ungleiches Verhältnis: eine Stunde Religion gegen 168 Stunden ohne Religion. Denn die meisten Eltern — wir wollen uns da gar nichts vormachen — werden ihre Kinder um der einen Stunde willen nicht auch noch zu Hause mit ‚Religion‘ umgeben. Nun ist aber Religion nicht ein Lehrfach wie andere. Religion ist ein Lebensfach: sie will das ganze Leben des Menschen durchdringen. Wie sollen die Kinder das Stückchen Religion, das ihnen im Religionsunterricht gegeben wird, bewahren, wenn das übrige Leben zu Hause und sonst, ganz ‚religionsfrei‘ ist? Wenn die Eltern weder nach Gott noch nach der Kirche fragen, weder die Bibel lesen noch den Gottesdienst besuchen? Eine einzige Stunde — nein, menschlich betrachtet kann sie nicht aufkommen gegenüber der Gleichgültigkeit der häuslichen Umgebung. Eine einzige Stunde — auch diejenigen, die den Religionsunterricht erteilen, müßten, menschlich betrachtet, verzweifeln, die Kinder religiös festigen zu können, wenn das übrige Leben so ganz anders, so ganz fern von der Religion verläuft. Außerdem können und müssen sie sich ja auf ein Mindestmaß von ‚Lehrstoff‘ beschränken. Die wenigsten Kinder bringen von zu Hause ‚Religion‘ mit. Wahrlich ein unmöglich Ding! Und doch gilt auch hier, daß bei Gott kein Ding unmöglich ist. Wenn nur die eine Voraussetzung erfüllt ist, daß nämlich diejenigen, die den Religionsunterricht erteilen, selber Religion haben, mit anderen Worten: persönlichen Glauben besitzen, eigene christliche Erfahrung, lebendigen Umgang mit Gottes Wort, unerschütterliche Liebe zur Kirche — kurz, wenn sie den Kindern das Beispiel und Vorbild eines religiösen, eines christlichen Lebens sein können: dann kann auch die eine einzige Stunde in der Woche wiedergutmachen, was hunderte andere Stunden versäumen...“

Mitte April vollzog sich in Berlin ein *Zusammenschluß kirchlicher Stellen verschiedenster Konfessionen zum*

gemeinsamen Eintreten für die Werte und die Freiheit des religiösen Wirkens in Berlin. Diese in Deutschland erstmalige Gründung nennt sich „Arbeitsgemeinschaft der Kirchen und Religionsgesellschaften in Groß-Berlin“. Ihren Vorsitz hat der Berliner Evangelische Bischof D. Dr. Dibelius. Die Arbeitsgemeinschaft wird sich in sieben Gruppen gliedern. Je eine Gruppe bilden die evangelische Kirche und die römisch-katholische Kirche, ferner die jüdischen und sonstigen nichtchristlichen monotheistischen Religionsgesellschaften, die Vereinigung evangelischer Freikirchen, die romfreien katholischen Kirchen (z. B. die Altkatholische Kirche) und die weiteren religiösen Gesellschaften und Organisationen, aus deren Kreisen als erste die Christengemeinschaft dem Abkommen beigetreten ist. Jede dieser Gruppen wird ein Mitglied des Rates bestellen, der die Arbeitsgemeinschaft leiten wird. In einer Delegiertenversammlung wird jede einzelne Religionsgesellschaft durch ihre Vertreter zu Worte kommen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus Süd- und Westeuropa

Am Ostersonntag empfing der Heilige Vater im Vatikan die *europäischen Leiter der UNNRA* und hielt eine kurze Ansprache an sie. Er sagte, indem er auf die bevorstehende Einstellung der UNNRA-Tätigkeit zu sprechen kam, unter anderem:

„Der Geist, der diese Organisation beseelt hat, darf nicht verschwinden, denn das Werk ist für die noch blutenden Völker, die auf die Hilfe angewiesen sind, notwendig. Die Nationen, welche um ihre Existenz kämpfen müssen, werden der Agonie verfallen, wenn sie nicht von ihren Brudervölkern Hilfe erhalten. Die Menschen wollen einander lieben. Diese brüderliche Liebe in der ganzen Welt gibt uns Vertrauen und macht uns glauben, daß auch weiterhin den notleidenden Menschen geholfen werden wird. Die Liebe besitzt die Macht, über Egoismus, Haß und Uneinigkeit zu triumphieren. Wir wollen nicht aufhören zu arbeiten und zu beten, daß der Friede rasch kommen möge, der Friede Christi im Herzen der Menschen und die Eintracht unter den Völkern“.

Die italienischen Katholiken führen augenblicklich eine *Werbeaktion für die katholische Presse* in Italien durch. Der Heilige Vater hat diese Aktion durch folgende Verlautbarung unterstützt:

„Aus ganzem Herzen erteilen Wir allen jenen tapferen Gläubigen Unseren Segen, die für die katholische Tagespresse arbeiten;
jenen, die durch ihre Hingabe und ihre moderne Schreibweise daraus ein lebensvolles Instrument zur Verteidigung der christlichen Wahrheit und zur geistig gesunden Erziehung des Volksgewissens machen;
jenen, die in stillem, aber mühevolem Eifer die schwere technische Zeitungsarbeit bewältigen;
jenen, welche für die weite Verbreitung der katholischen Blätter in allen sozialen Schichten sorgen;
jenen, die das moralische Verantwortungsbewußtsein der vielen stärken oder neu erwecken, welche der Gefahren der neutralen oder christentumfeindlichen Presse nicht achten, und die auf diese Weise durch Anleitung zur

Lektüre katholischer Zeitungen den Gutgesinnten und vor allem der heranwachsenden Jugend Sinn und Eifer für Ganzheit im Urteil und im Charakter beibringen; jenen, die aus dem Lesen katholischer Zeitungen für sich selbst Anleitung zu rechtem Denken und lebendigen Auftrieb zu geordneter Tätigkeit in bürgerlichem und christlichem Interesse empfangen; jenen endlich, welche durch ihre Spenden unserer Presse eine gesicherte Existenz und die Verwirklichung zeitgemäßer technischer Fortschritte ermöglichen. Möchten doch alle Christen die dringende Notwendigkeit der katholischen Presse einsehen und von lebendigem Eifer erfüllt sein, an deren Verbreitung mitzuarbeiten! Ihnen allen wird reiche göttliche Belohnung für den Dienst werden, welchen sie damit jener heiligen Sache leisten, von der das moralische und geistige Heil der Gesellschaft in so hohem Maße abhängt“.

Im April wurde der neue Gesandte von Uruguay im Vatikan empfangen. In seiner Begrüßungsansprache äußerte sich der Hl. Vater über die Grundlagen eines wahren Friedens. Er sprach von den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Problemen, vor denen heute die ganze Welt steht, alle Staaten, ob sie am Krieg teilgenommen haben oder nicht; es sind Aufgaben, vor deren Lösung selbst die Mutigsten erschrecken mögen. Die Spannungen und Gegensätze werden immer deutlicher, aber die Staatsmänner finden keinen Weg, der müden Menschheit zum Frieden zu verhelfen. Dies kann nur dann geschehen, wenn Regierungen und Regierte die moralischen Grundlagen von Frieden und Eintracht achten. Das Bewußtsein der Brüderlichkeit setzt aber notwendig den Glauben an einen himmlischen Vater voraus; fehlt dieser, so entbehrt das menschliche Zusammenleben der sittlichen Veredelung. Wenn die Staaten in ihren Verfassungen entschlossen die Folgerungen aus der Anerkenntnis Gottes ziehen, wenn die Bürger, die an Gott glauben, ihre religiösen Überzeugungen im politischen und sozialen Bereich verwirklichen können, so bedeutet eine solche Ordnung nur einen Gewinn für die Staaten, für ihren inneren Bestand und ihren Fortschritt.

Am 26. April ist in Rom das *Generalkapitel des Redemptoristenordens* eröffnet worden. Da P. Patrick Murray, der bisherige Ordensgeneral, aus Gesundheitsgründen sein Amt niedergelegt hat, hat das Generalkapitel ihm einen Nachfolger in der Person des Holländers P. Leonard Buys gewählt. Der neue Generaloberer ist 1896 geboren, 1916 in den Orden eingetreten und 1922 zum Priester geweiht worden. Zuletzt war er Professor der Moraltheologie am Scholastikat Wittem in Holländisch Limburg. Der Redemptoristenorden, dem er nunmehr auf Lebenszeit vorsteht, hat gegenwärtig 7500 Mitglieder in allen Teilen der Welt.

Kürzlich ist in Turin von zwei katholischen Geistlichen, einem protestantischen Pastor und dem Großrabbiner von Turin ein Komitee der „Vereinigung gegen religiöse Intoleranz und Rassenstolz“ gegründet worden, ähnlich einem entsprechenden Komitee, das schon im vorigen September in Rom gegründet worden ist und dessen Ziel

die *Zusammenarbeit von Christen und Juden im Kampf gegen den Antisemitismus* ist. Von kirchlicher Seite wird darauf hingewiesen, daß die Hilfe, die katholische Bischöfe, Priester und Laien den Juden zur Zeit der Verfolgungen geleistet haben, eine Atmosphäre besseren gegenseitigen Verständnisses und aufrichtiger Sympathie geschaffen habe. Sie erinnern daran, daß Papst Pius XII. selbst im November 1945 eine Abordnung von Juden empfangen hat, die den deutschen Konzentrationslagern entronnen und nach Rom gekommen waren, um dem Papst und der Katholischen Kirche ihren Dank auszusprechen. Der Heilige Vater sagte damals in seiner Ansprache an sie: „Die Mitglieder der Katholischen Kirche müssen sich bei der Ausübung der Nächstenliebe über die engen und willkürlichen Grenzen erheben, die der menschliche Egoismus und die Rassenleidenschaft geschaffen haben.“ Die neue Vereinigung übernimmt auch die Definition eines bekannten Katholiken, daß der Antisemitismus eine Form von Materialismus ist, weil er sich auf das Rassenprinzip beruft, und daß er damit allein schon vom katholischen Standpunkt aus abzulehnen ist.

Die internationale Benediktineruniversität S. Anselmo in Rom wird demnächst mit der Herausgabe einer *Zeitschrift zur Pilege benediktinischen Geistes* beginnen. Die Schriftleitung hat Dom Thomaso Leccisomiri übernommen.

Ein italienischer Priester, *Don Zeno Santini* („Don“ ist die übliche Anrede für italienische Geistliche) hat in der Nähe des Dorfes San Giacomo Roncole in der Gegend von Modena eine *Kinderkolonie* gegründet, die er „Republik der Rebellen“ genannt hat. Don Zeno Santini ist selber Landarbeiter gewesen, hat sich aber mit 22 Jahren zum Priesterberuf entschlossen. Seine Studien schloß er ab mit dem Doktor der Rechtswissenschaft und dem Doktor der Theologie.

Der Verlauf des Krieges und besonders die Nachkriegszeit brachten für Italien außer großem materiellem Elend auch eine weitgehende seelische und moralische Not. Im Gefolge der Truppen zogen zahllose heimatlose, elternlose, entwurzelte Kinder, die eine große Gefahr für das Land zu werden begannen, da sie sich vielfach dem Verbrechen zuwandten.

Hier sah der Priester Zeno Santini seine Aufgabe. Ausgehend von der Überlegung, daß die Familie das tragende Element der Erziehung ist und wiederum hier die Mutter die entscheidende Rolle spielt, gründete er in der Nähe von Modena bei dem Dörfchen San Giacomo Roncole die Kinderrepublik, der er den Namen „Republik der Rebellen“ gab. Er sammelte die herumirrenden und vagabundierenden Jugendlichen und forderte sozial gesinnte Frauen und Kriegerwitwen auf, seiner Arbeit sich zur Verfügung zu stellen. Je 12 Jugendlichen, 12 Jungen oder 12 Mädchen, gab er eine dieser Frauen zur Mutter und gründete sogenannte „Apostolische Familien“. Jede dieser Familien wurde in einem eigenen Hause untergebracht. Die Zahl der Jugendlichen wuchs zu Tausenden, aber auch die Zahl der sich für diese Aufgabe zur Verfügung stellenden Mütter und Witwen. Manche gutsituierte Witwe stellte sich mit ihrem ganzen Vermögen in den Dienst dieser Sache.

Auf diese Weise konnte sich Don Zeno Santini den finanziellen Bestand seines Unternehmens weiterhin sichern, während er vorher zur Finanzierung seines Planes mit dem Schifferklavier durch die Ortschaften zog und sich das Geld zusammenbettelte und außerdem durch Herausgabe von Büchern und Zeitschriften eine finanzielle Grundlage für seine Kinderrepublik schuf.

Heute ist das Werk so weit gediehen, daß er mit Stolz auf diese soziale Tat blicken kann. In der „Republik der Rebellen“ gibt es weder Reiche noch Arme, da es kein Geld gibt. Sicherheit und Wohlstand sind die Währung in diesem Kinderstaate mit eigenen Ländereien, Fabriken und Werkstätten, mit einer eigenen Kinderkolonie in den Bergen und einer an der See. Neue Häuser werden laufend errichtet, um den Zustrom der Jugendlichen aufzunehmen. Möbel und Bekleidung werden in den eigenen Werkstätten hergestellt. Nichts wird an die Außenwelt verkauft, ausgenommen die selbstgedruckten Bücher und Zeitschriften. Während der Woche arbeiten die Jugendlichen in den Werkstätten, Fabriken und auf dem Lande und erhalten am Ende der Woche ihren Lohn, jedoch nicht in Bargeld oder irgend einer Währung, sondern in Form von Gutscheinen, dem sogenannten „Tis“. Dieser Gutschein basiert weder auf der italienischen Lira-Währung noch sonst auf irgend einem Gold- oder Silberwert. Eine „Tis“ entspricht dem Werte von zwei Pfund Brot und diese Bewertung ist die Grundlage für alle übrigen Sachen des täglichen Bedarfs und Lebensunterhaltes. Die erarbeiteten „Tis“ geben die Jugendlichen der Mutter ihrer Familie ab, die dann für die Familie das Notwendige erstet.

Auf diese Weise werden die Jugendlichen, die vorher von der Welt nichts anders als Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, Hunger und Elend zu erwarten hatten, zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gemeinschaft herangebildet. Don Zeno Santini ist überzeugt, daß dieses Werk für die Welt beispielhaft werden wird. Menschen, die verzweifelt und verkommen in unsere Republik kamen, so sagt er, werden eines Tages wieder in die Welt ziehen, aber diesmal mit dem Wissen um christliche Caritas im wahrsten Sinne des Wortes, mit einer Geisteshaltung, die in christlichem Sinne die Welt wahrhaft erneuern kann.

In der Woche nach Ostern tagte in Rom der Kongreß des internationalen katholischen Studentenverbandes „Pax Romana“, der diese Tagung so gelegt hatte, daß ihre Teilnehmer an der Seligsprechung Prof. Contardo Ferrini, des italienischen Rechtsgelehrten, am Weißen Sonntag teilnehmen konnten. An der konstituierenden Sitzung am Mittwoch nach Ostern waren 20 Nationen vertreten. Das wichtigste Anliegen der „Pax Romana“ auf dieser Tagung war die Gründung eines internationalen Altakademikerverbands, der künftig den internationalen Studentenverband ergänzen wird. Diese Gründung ist bereits auf der letzten Pax-Romana-Tagung in Freiburg in der Schweiz im Sommer 1946, von der die Herder-Korrespondenz Heft 4, S. 171 berichtet hat, beschlossen und vorbereitet worden.

Nach dem ersten Weltkrieg haben Studenten verschiedenster Nationalität das Bedürfnis empfunden, eine Organisation der katholischen Studierenden der Welt zu schaffen, um die durch den Krieg aufgerissenen Klüfte zu überbrücken und die katholische Gemeinschaft der

jugen Intellektuellen wieder herzustellen. Sie gründeten im Jahre 1921 in Freiburg in der Schweiz die „Pax Romana“, die seither ständig an Bedeutung zugenommen hat. Eben diese erste Generation der „Pax Romana“ ist es heute, die eine Verbindung auch der katholischen Altakademiker der Welt als notwendig empfindet. Auf ihre Initiative hin ist „Pax Romana“ aus einem einfachen internationalen Studentensekretariat in eine doppelte Bewegung von katholischen Intellektuellen und katholischen Studenten umgewandelt worden. Beide Zweige des Verbandes sind von einem gleichen Ideal erfüllt, wollen aber ihre besonderen Aufgabenkreise behalten. In Rom wurde nun das Statut festgesetzt, das die Organisation der „Pax Romana“ in ihren beiden Zweigen festlegt, dem des „Mouvement International des Intellectuels Catholiques“ (MIIC) (die französische Benennung ist die offizielle) und dem des „Mouvement International des Etudiants Catholiques“ (MIEC). Der Hl. Vater hat am Ostersonntag einen eigenen Protektor für die „Pax Romana“ in der Person Kardinal Pizzardos ernannt. Dadurch wurde die bisherige Ehrenpräsidentschaft des Bischofs von Lausanne, Genf und Freiburg, Msgr. Charrière, hinfällig. Msgr. Charrière ist dagegen geistlicher Oberleiter der Organisation (Aumônier général de Pax Romana) geworden, welche Aufgabe ex officio stets dem für den Zentralsitz der Pax Romana zuständigen Bischof zufällt. Dem Bischof liegt es ob, je einen geistlichen Beirat für die beiden Sektionen der „Pax Romana“ zu ernennen. Der Hl. Vater behält sich vor, die Wahl des Präsidenten der beiden Gruppen zu genehmigen. Auch eine Verlegung des Sitzes des Generalsekretariats kann nicht ohne Genehmigung durch den Hl. Vater geschehen.

Für die „Internationale Bewegung der katholischen Intellektuellen“ insbesondere wurden erstmals die Ziele und Aufgaben fixiert. Im Art. 3 des Statuts werden als deren Aufgaben genannt: im Lichte der christlichen Prinzipien die Lösung der Probleme zu suchen, die die moderne Welt stellt, und die Verbreitung dieser Prinzipien zu fördern; die geistigen und sittlichen Kräfte der Bewegung in den Dienst der internationalen Gemeinschaft zu stellen durch die Errichtung und Erhaltung eines auf die Gerechtigkeit und Liebe Christi gegründeten Friedens; gemäß den Richtlinien des Glaubens und der katholischen Moral die den verschiedenen künstlerischen, wissenschaftlichen und literarischen Berufen eigentümlichen sozialen und menschlichen Probleme zu klären; Kontakt, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen den katholischen Intellektuellen und ihren Organisationen zu erleichtern.

Um die Zusammenarbeit zwischen den Intellektuellen des gleichen Fachs zu erleichtern und ihnen den Austausch von Gedanken, Studienmaterial und Erfahrungen zu ermöglichen, wurden schon im vergangenen Sommer in Freiburg besondere internationale Sekretariate vorgesehen, die jetzt in Rom endgültig konstituiert worden sind. Sie sind einzelnen nationalen Berufsorganisationen anvertraut worden, die für einen bestimmten Sektor am geeignetsten erschienen. So ist Spanien mit dem Sekretariat für die Schönen Künste betraut worden, Italien mit dem für die Juristen und Mediziner, Belgien mit dem für Unterricht, Bibliotheken und Nachforschungen, Frankreich mit dem für Schriftsteller, Ingenieure und Apotheker. Generalsekretär wurde der spanische Lektor der Universität Freiburg/Schweiz, Dr. R. Sugranyes, Schatzmeister G. de Weck, Freiburg.

Das erste „Weltliche Institut“, das auf Grund der jüngsten apostolischen Konstitution (vergl. Herder-Korrespondenz Heft 9, Seite 423 ff.) seine Approbation erhalten hat, ist die Madrider „Societas Opus Dei“, die im Jahre 1928 von Madrider Universitätskreisen gegründet wurde und dem Wunsche spanischer Studenten entsprang, den Priestern in ihrer Arbeit unter den Armen der spanischen Hauptstadt zu helfen. Die meisten ihrer Mitglieder sind Laien.

Eine besondere Form des Arbeiterapostolats bilden in Spanien die kirchlichen Helfer der Gewerkschaften. In einer großangelegten Predigtaktion versammelten sich an 60 verschiedenen Orten Madrids über 60 000 Arbeiter, um das Gotteswort zu hören. Die Betriebsleitungen hatten den Arbeitern die nötige Freizeit gegeben. Als Ergebnis dieser Aktion haben 25 Madrider Firmen Priester angefordert, die dauernd in den Betrieben ihre apostolische Arbeit durchführen sollen.

Die spanische Regierung will für ausländische Professoren und Studenten, die um ihres christlichen Glaubens willen verfolgt worden sind, ein dem hl. Apostel Jakobus geweihtes und mit der Madrider Universität verbundenes Kolleg errichten.

Etienne Gilson, der bekannte Philosoph und Geschichtsschreiber der mittelalterlichen Philosophie, der Mitglied der französischen Akademie und Professor am Collège de France sowie am Päpstlichen Institut für mittelalterliche Studien in Toronto und Montreal ist, wurde an Stelle des Grafen Wladimir d'Ormesson zum *Präsidenten des Verbandes katholischer Publizisten* gewählt. Graf d'Ormesson legte sein Amt nieder, da er als französischer Botschafter in Argentinien aus Frankreich abwesend ist.

Anlässlich der Tagung der „Union des Oeuvres“ in Bordeaux hat *Msgr. Chevrot*, Pfarrer von Saint-François-Xavier in Paris, eine Ansprache über die richtige Art, das Evangelium zu predigen, gehalten.

Er begann damit, sich zu fragen, ob der eigentliche Grund der Ablehnung, auf die die Kanzelberedsamkeit im allgemeinen stößt, nicht in der Wirklichkeitsferne gewisser Predigten liege, und auch darin, daß die Predigt häufig nicht die Verkündigung der Botschaft Christi sei, oder daß man am Leben des christlichen Volkes vorbeiredete. Der Sinn der Predigt ist in Wahrheit der, Christen zu bilden. Darum muß man vor allen Dingen die Menschen, an die man sich richtet, ihre seelischen Bedürfnisse, ihre irdischen Sorgen, ihre Gewissensprobleme kennen. Warum informiert sich der Prediger nicht über alles dies bei denen, die in der Katholischen Aktion stehen? Warum benützt er nicht auch die Erfahrungen der Priestergemeinschaften?

Er muß sich aber auch den Gläubigen wirklich verständlich machen, eine klare, direkte, konkrete Sprache mit Würde und Einfachheit sprechen, wie auch Jesus es getan hat; er muß ihrem Leben ganz nahe bleiben, so daß jede Predigt ihre unmittelbare Wirkung auf ihr tägliches Leben, ihre Familienverhältnisse und ihr soziales Verhalten hat... Außerdem muß die Predigt auch unter-

richten. Es wird ihr also nur zugute kommen, wenn sie positiv ist und Tatsachen hinstellt, wenn sie nicht nur apologetisch bleibt. Eine Predigt der Verteidigung kann nicht gut wirken.

Predigen heißt: die Seelen emporreißen und sie Gott nähern. Die Predigt ist ein Bestandteil der Messe. Die Predigt soll den Gläubigen helfen, sie verkündet die Frohe Botschaft, eine Botschaft der Freude, der Erlösung der Befreiung.

Das Evangelium, die Frohe Botschaft, die gepredigt wird, ist kein Katechismus und kein Gesetzbuch, sondern ein unaufhörliches Zwiegespräch zwischen Gott und Mensch. Es ist nötig, daß jede Predigt in die mächtige Synthese des christlichen Geheimnisses eingeordnet wird, daß jede dogmatische Wahrheit dem Rahmen der wunderbaren Geschichte der Liebe Gottes zum Menschen eingefügt wird. Diese Geschichte, deren Höhepunkt die Menschwerdung ist, ist noch nicht vollendet. Sie setzt sich in der Kirche fort, und jeder von uns hat in ihr seine Rolle zu spielen, indem er auf die Liebe Gottes mit einer christlichen Tat antwortet, die hinreißender ist als der überlieferte Moralkodex der Verbote. Wir müssen die Seligkeiten predigen; jedes Kind müßte sie auswendig können. Und das in innigster Zusammenwirkung mit Christus, der das ganze menschliche Leben durch die Sakramente heiligt.

Dieses alles findet seine Krönung in der Perspektive der christlichen Eschatologie. Die Predigt des Evangeliums wird sich als solche auch in ihrer Form und ihrem Ton bezeugen, wenn die Botschaft des Erlösers mit Demut, Einfachheit und Liebe verkündet wird.

Das Verhältnis des Menschen zur Arbeit ist, wie vieles andere, in der allgemeinen großen Krise der Gesellschaftsordnung und der Weltanschauungen problematisch geworden. Der *Bischof von Oran, Msgr. Bertrand Lacaste*, hat dieses Thema in einem Hirtenbrief behandelt, in dem er sagte:

Es gibt ein Arbeitsgesetz, das einen Befehl darstellt, gegen den es keinen Einspruch gibt: „Du sollst dein Brot im Schweiß deines Angesichts verdienen“.

Der hl. Apostel Paulus hat an die Thessalonicher geschrieben: „Im Namen unseres Herrn Jesus Christus beschwöre ich euch, euch von jedem Bruder fernzuhalten, der sich der Trägheit ergibt... Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen“ (2. Thess. III, 6—15). Das Wichtigste ist nun aber, die Arbeit mit einem Geist der Liebe zu erfüllen. Die Arbeit ist nicht menschlich, wenn sie keine Quelle der Liebe bildet. Möge die Werkstatt ein Ort des Austausches gegenseitiger Liebedienste sein; dann wird der Arbeiter lebendig sein, seine Hand wird sein Herz erfreuen. Möge sein Gehalt ausreichen, ihm zu erlauben, aus dem Bedürfnis nach Liebe einen häuslichen Herd zu gründen und sich an seiner Flamme zu wärmen, ohne befürchten zu müssen, daß ein ungewisser Morgen ihn wieder auslöscht. Dann wird der Arbeiter leben, und seine Hand wird sein Herz erfreuen.

Aber wenn seine Arbeit nur neben der Arbeit eines Nachbarn steht, der ebenso fremd ist wie er selbst und nur auf die Anordnung einer anonymen Autorität für kurze Zeit hierher gekommen; wenn sein Lohn, weil er für die notwendigsten Ausgaben nicht reicht, sich nicht in ein Mittel verwandeln kann, zu lieben und geliebt zu werden, dann wird dieser Arbeiter seine Arbeit ver-

fluchen, weil sie ihn auf die Stufe eines Tieres herabdrückt. Er wird im wahren Sinne des Wortes ein Verfluchter der Erde sein, weil man ihn zwingt, zu leben und ihm zugleich der Liebe beraubt.

Hierin liegt die Erklärung des großen Übels der Gegenwart. Die Kirche hat durch ihre wiederholten Unterweisungen in den letzten Jahren erklärt, daß der Arbeiter eine Familie, ein Vaterland, einen Gott haben und diese lieben können muß. In seiner Weihnachtsbotschaft 1942 hat Papst Pius XII. gesagt: „Die positiven Rechtsnormen, die das Privateigentum regeln, müssen verhindern, daß der Arbeiter, der ein Familienvater ist oder werden will, zu einer wirtschaftlichen Abhängigkeit und Dienstbarkeit verurteilt wird, die mit den Rechten der Person unvereinbar ist“.

Denen aber, die glauben, daß das Arbeitsproblem ein Problem strenger Gerechtigkeit ist, lehrt Christus, daß dieses Problem wie alle anderen vor allem ein göttliches Problem der Brüderlichkeit ist.

Unaufhörlich wird von sozialer Ungleichheit gesprochen. Sie ist zum Teil eine Auswirkung von Ungerechtigkeiten. Diese müssen verbessert werden! Es ist ein schwerer Fehler, sie hinzunehmen, ein noch schwererer, sie zu unterstützen. Jene Form von christlicher Nächstenliebe, die nur darauf ausgeht, eine absichtlich aufrechterhaltene Ungerechtigkeit zu verhüllen, ist nur eine grobe Heuchelei. Doch es gibt Ungleichheiten der Natur. Sie bestehen bereits beim Antritt jedes Menschen, und nichts kann verhindern, daß sie sich im Laufe seines ganzen irdischen Lebens ausdrücken. Die Verschiedenheit der Funktionen bringt die Verschiedenheit der Organe in einem Körper mit sich, dessen Leben geradezu von der Verschiedenheit der Funktionen abhängt...

Am Schluß seines Hirtenbriefes sagt Msgr. Lacoste, daß wir nicht die Arbeit selber, trotz ihres Strafcharakters, den sie seit dem Sündenfall der Menschheit hat, scheuen müssen. Wir dürfen aber auch nicht von einem Stadium der menschlichen Entwicklung träumen, wo die Organisation der Arbeit durch den Fortschritt einer erstaunlichen Mechanisierung überflüssig würde und es sich nur noch darum handeln könnte, die Freizeit zu organisieren! Wir müssen hoffen, daß die christliche Arbeitsauffassung die Massen aufs neue durchdringt. Sie muß arbeiten und hat ein Recht auf Arbeit, aber sie soll dabei keinen Hirngespinsten nachrennen, sondern die Arbeit in ein Mittel verwandeln, besser zu lieben und einander zu helfen.

Bei einem Pfarrjubiläum der Kirche Saint-Honoré in Paris hat Msgr. Chevrot als ehemaliger Kaplan an Saint-Honoré eine Rede über die *Bedeutung der Pfarre im christlichen Leben* gehalten, in der er sagte:

„Manche Katholiken, die von der Pfarre reden, als handle es sich um eine nebensächliche Organisation der Kirche, haben die Einrichtung der Pfarre nicht wirklich begriffen. Einige werfen ihr vor, sie sei nicht religiös genug, andere, sie sei ungeeignet als Werkzeug des Apostolats in einer teilweise entchristlichten Gesellschaft.

Keine Klage kann unbegründeter sein, und die Kritiker, die sie äußern, gleichen durchaus jenen kurzsichtigen Eltern, die so leicht der Schule und den Lehrern Schuld an den Mißerfolgen ihrer faulen Kinder geben. Ich würde sie gerne fragen: „Wodurch wollt ihr die Pfarre

ersetzen?“ Einrichtungen zu verändern, ist heute die große Mode; sind aber die erzielten Ergebnisse sehr ermutigend?...

Daß man manchmal ihren Stil zu ändern wünscht, daß man Gebräuche ändern möchte, die der neuen Lage nicht mehr entsprechen, das ist eine ganz andere Sache. Alle eure Priester streben darnach, in euren Pfarrkirchen eine Atmosphäre der Sammlung und des Mystereiums zu schaffen und zu erhalten, wie man sie in Privatkapellen oder Klosterkirchen finden kann; sie suchen die Teilnahme der Gläubigen am öffentlichen Gebet zu entwickeln; sie bemühen sich, die unerläßliche Verwaltungsarbeit reinlicher von den eigentlich gottesdienstlichen Aufgaben zu trennen.

Aber kann ihnen das gelingen, wenn die Gläubigen, deren Frömmigkeit sich so streng, deren Eifer sich so anspruchsvoll zeigt und die eben darum die ersten sein sollten, ihnen zu helfen, anfangen, über ihre Pfarre zu diskutieren? Ihre rein negative Kritik ist zumindest vergeblich, denn die Pfarre läßt sich durch nichts ersetzen... Daß gewisse Pfarren hier oder dort das Bild geschlossener und verschlafener Genossenschaften bieten, liegt nicht im Wesen der Pfarreinrichtung, sondern an denen, die deren Bestimmung vergessen oder ihre Hilfsquellen vernachlässigt haben...

Woher sollen denn die Apostel für die entchristlichten Milieus kommen, wenn nicht aus den Pfarren? Niemand denkt daran, unsere pfarrlichen Organisationen als die Orte zu betrachten, wo der Ungläubige Kontakt mit Katholiken gewinnen könnte. Zu diesem Zwecke sind sie nicht eingerichtet worden, da sie nur für die Christen bestimmt sind; aber in ihrem Schoß wachsen die besten Kämpfer der Katholischen Aktion auf, hier rüsten sie sich aus und bereiten sich auf den Einsatz vor; und ebenso sind sie es, die jedes Jahr Scharen von Religionslehrern für Erwachsene und Kinder stellen.

Außerdem: gibt es heute noch ein einziges Mitglied der Pfarrvereinigungen und Pfarrwerke, kurz, einen einzigen wahren Pfarrangehörigen, der nicht wüßte, daß er in jeder Lage Zeuge Christi sein muß? Jeder Gläubige weiß, daß er sich an der Wiedergewinnung seiner Umgebung für das Christentum beteiligen muß; er weiß, daß er mitverantwortlich ist für die Sünder und Ungläubigen seines Hauses, seiner Straße, seines Viertels.

Doch man befürchtet, daß die Konvertiten, die man einzeln aus der heidnischen Masse herausreißt, nicht durchhalten könnten, wenn man sie sogleich der Pfarre einverleibt. Sie würden sich dort, so glaubt man, durch unser Benehmen, unsere Sprache und unseren Gottesdienst befremdet fühlen.

Wir wollen anerkennen, meine Brüder, daß wir in diesem Punkt vielleicht nicht vor jeder Kritik bestehen können und daß wir uns bemühen müssen, uns anzupassen. Es ist wahr, daß unsere Pfarren manchmal den Eindruck gemacht haben, als ob sie eine anonyme Masse vereinigten. Ich glaube jedoch, daß der Geist der Katholischen Aktion sie schon etwas menschlicher und anziehender gemacht hat. Allerdings kann man nicht leugnen, daß man einen Neugewonnenen nicht sofort in eine liturgische Gemeinschaft führen könnte, wo er sich verloren vorkäme; es bedarf einer mehr oder weniger langen Zeit des Katechumenats, damit er sich an das christliche Leben gewöhnen kann.

Eines Tages aber, wenn er wirklich Christ geworden ist, muß er seinen Platz in der Gemeinschaft seiner

Brüder einnehmen. Oder wollte man etwa für diese neu zum Glauben Gekommenen eine Art Gegenparre gründen mit irgend einer phantastischen Liturgie, als ob sie Christen zweiten Ranges wären? Sollte man sie zu außergewöhnlichen Vereinen zusammenschließen, als ob sie sich wesensgemäß dem Leben der Kirche nicht angleichen könnten? ...

Seid überzeugt, meine Brüder, nirgendwo könnt ihr besser als in euren Pfarren lernen, den katholischen Sinn in euch zu entwickeln, der euch eng mit der Kirche verbindet und euch zugleich für die Aufgaben, die sie eurem Eifer anvertraut, bereitmacht. Und während unsere Pfarren immer aktiver im Apostolat werden, wird zugleich auch ihr Leben immer lebendiger, und eure Pfarre selbst wird eure neuen Brüder, die ihr dem Leib Christi verbindet, erbauen und bei sich festhalten."

Das Pariser katholische Wochenblatt „*Temps Présent*“, auf dessen Veröffentlichungen wir in der Herder-Korrespondenz häufig hingewiesen haben, hat Mitte Mai sein Erscheinen einstellen müssen. „*Temps Présent*“ war zur Zeit des Befreiungskampfes das wichtigste Organ der Katholiken, nach der Befreiung war sein Hauptziel, als überparteiliche Zeitung den Zerfall Frankreichs in einen kommunistischen und einen antikommunistischen Block zu verhindern. Die seit dem 1. März in Kraft getretenen Lohn- und Papierpreiserhöhungen haben die wirtschaftliche Basis der Zeitung, die als unabhängiges Organ sich auf keine Partei und auf keine wirtschaftlich leistungsfähige Gruppe stützen kann, zerstört. Auch scheinen innere Schwierigkeiten, die mit der Verschärfung der inneren politischen Gegensätze in Frankreich zusammenhängen, die Grundlage ihres Wirkens erschüttert zu haben.

In Belgien wird in der Nähe des Dorfes Brecht eine neue Zisterzienserinnenabtei gegründet werden, für die gegenwärtig das Terrain durch eine Gruppe von Patres und Laienbrüdern des nahegelegenen Trappistenklosters von Westmalle gerodet wird. Die Abtei soll den Namen Nazareth erhalten. Bis zur französischen Revolution bestand in Belgien ein Kloster dieses Namens, das schon im 13. Jahrhundert durch die Nonne Beatrix von Nazareth (1200—1268) bekannt geworden ist. Belgien besitzt gegenwärtig drei Zisterzienserinnenklöster: Soleilmont, Chimay und Clairfontaine-lez-Orval; alle liegen im wallonischen Teil des Landes. Das neue Kloster Nazareth dagegen wird seit der französischen Revolution das erste wieder im flämischen Gebiet sein.

Der Episkopat von England und Wales versammelte sich in der Woche auf den Weißen Sonntag zu einer gemeinsamen Beratung, auf der sie folgende Kundgebung über die gegenwärtige Krise erließen:

„Die wachsende internationale Spannung und die Entbehrungen, unter denen das britische Volk als unvermeidliche Folge eines totalen Krieges leidet, veranlassen uns, dem Klerus und den Gläubigen folgende Botschaft zu übermitteln:

Wir können von der Weisheit der Staatsmänner oder von der Weltorganisation, wie sie gegenwärtig zusammengestellt ist, keine Lösung der Weltprobleme erwarten. Die Verheißung des Friedens wurde den Menschen gegeben, die guten Willens sind. Dieser gute Wille ist die

Voraussetzung der Weltordnung. Sie kann nur erreicht werden, wenn die Menschen ihre Abhängigkeit von dem allmächtigen Gott demütig anerkennen.

Die Wurzel der gegenseitigen Feindschaft und Unzufriedenheit ist das Fehlen der Liebe. Politische Überzeugungen und Patriotismus können für sich keine Grundlage für den Frieden und die Gerechtigkeit abgeben. Das Gesetz Gottes und die gegenseitige Liebe aller Glieder des Menschengeschlechts sind allein fähig, das mangelnde Vertrauen zwischen den Völkern wieder herzustellen.

Wir erheben energisch Protest gegen die religiöse, rassische und politische Verfolgung, die von den Führern gewisser Völker geduldet und sogar gefördert wird.

Wir rufen die Katholiken auf, ein Beispiel der Liebe und Gerechtigkeit zu geben. In diesen gefahrvollen Zeiten ist es die Pflicht der Katholiken, ohne Ansehung ihrer politischen Parteizugehörigkeit für das Gemeinwohl zusammenzuarbeiten.

Wir fordern die Gläubigen insbesondere auf, ihre Gebete zu verdoppeln und Gott durch noch häufigeren Besuch der Hl. Messe und Teilnahme an den Sakramenten um Führung für die Staatsmänner zu bitten. Während des Monats, der Maria, der Königin des Friedens, gewidmet ist, laden wir den Klerus und die Gläubigen ein, die Maiandachten mit besonderer Feierlichkeit und Andacht zu begehen.

In zwei weiteren Kundgebungen setzen sich die englischen Bischöfe für eine baldige Lösung des Kriegsgefangenenproblems ein und ermutigen die Bewegung der christlichen Arbeiterjugend.

In England hat sich aus sechs Mitgliedern des Oberhauses und 50 Mitgliedern des Unterhauses eine parlamentarische Gruppe christlicher Sozialisten gebildet, der auch die katholischen Peers und Abgeordneten der Arbeiterpartei angehören. Die Absicht dieser Gruppe ist keineswegs, eine neue Partei zu bilden. Sie will innerhalb der Partei den christlichen Standpunkt zu den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen zum Ausdruck bringen. Ihr Programm hat sie in einem Aufruf an das britische Volk niedergelegt, der aus sechs Punkten besteht. Der erste Punkt spricht von dem Sinn der neuen Bewegung, der als die Anwendung gewisser christlicher Prinzipien auf die brennenden Fragen der Zeit als Beitrag zur Überwindung der akuten Schwierigkeiten, denen sich England gegenüber sieht, bezeichnet wird. Der zweite Punkt stellt mit der Überschrift „Der Mensch; Materie und Geist“ fest: „Es ist unmöglich, eine individuelle oder soziale Lebensform zu finden ohne Berücksichtigung der geistigen Werte. Das heißt nicht, daß die christlichen Sozialisten die Bedeutung eines angemessenen materiellen Milieus unterschätzen ... Aber wir verfolgen materielle Verbesserungen hauptsächlich aus ethischen Gründen, damit jeder sowohl geistig wie kulturell wie wirtschaftlich ein volleres und reicheres Leben führen kann“. Der dritte Punkt behandelt die Frage der Antriebe und der Motive des menschlichen Handelns und stellt fest, daß die materiellen Antriebe und Motive zwar notwendig seien, daß sie aber ohne Wert sind und zu nichts führen, wenn die geforderte außerordentliche Anstrengung nicht von einer stärkeren geistigen und sozialen Dynamik inspiriert sei, als sie gegenwärtig herrsche. Der vierte Punkt spricht von der Auswirkung dieses geistigen Antriebs auf das wirtschaftliche Leben

und der fünfte Punkt wendet sich an alle Engländer, besonders aber die Genossen in der Arbeiterpartei, ihre soziale Verantwortlichkeit tiefer und lebendiger zu empfinden und so zu einer höheren Auffassung der besonderen wirtschaftlichen Anstrengung zu kommen, die die gegenwärtige Lage erfordert. Es werden dann die fünf sozialen Richtpunkte aufgeführt, die am 21. Dezember 1940 von den Führern sämtlicher christlicher Glaubensrichtungen Englands in einem Brief an die „Times“ aufgestellt worden sind. (Siehe „Herder-Korrespondenz“, Heft 1, S. 33). Dazu wird bemerkt: „Diejenigen, die diese Richtlinien unterschrieben haben, sind vielleicht keine Sozialisten. Wir als Sozialisten sind gleichzeitig präziser und revolutionärer in der Definition unserer Politik. Aber die Richtpunkte setzen das Geistige und das Materielle in ein richtiges Verhältnis und stellen eine nützliche Erinnerung daran dar, daß die Gesellschaftsform, in der wir bis jetzt in Großbritannien gelebt haben, in vieler Beziehung nicht in Übereinstimmung mit dem Willen Gottes gestanden hat.“ Der sechste Punkt wendet sich besonders an die Abgeordneten des Parlaments und an die Regierungsmitglieder und fordert sie auf, im Geiste dieser Kundgebung mit den Mitgliedern der Gruppe zusammenzuarbeiten.

Die „Katholische Arbeitsgemeinschaft für die geistige Erneuerung“ in Holland, mit ihrem Sitz in Drakenburgh bei Hilversum, über die die Herder-Korrespondenz schon in Heft 5, S. 209 und Heft 6/7, S. 273 berichtet hat, hat wiederum eine Tagung abgehalten, auf der sie sich mit den Fragen der Überwindung der materiellen und geistigen Not in Deutschland befaßte. Wiederum nahmen auch Ausländer als Referenten an der Tagung teil, darunter der Franzose Robert d'Harcourt und der Engländer Msgr. Richard Smith.

Die holländische Arbeiterschaft verteilt sich auf drei Organisationen, die „Katholische Arbeiterbewegung“, den „Verband der christlich-nationalen Gewerkschaften“, der protestantisch ist, und den sozialistischen „Allgemeinen Niederländischen Gewerkschaftsverband“. Die katholische Organisation hat 250 000 Mitglieder, die protestantische 100 000 und die sozialistische 270 000.

Es besteht auch eine Organisation katholischer Arbeitgeber, eine Organisation des katholischen Mittelstandes und eine der katholischen Bauern.

Während des Krieges haben diese verschiedenen Organisationen Verträge geschlossen, aufgrund deren ein „Verband der Arbeit“ geschaffen worden ist, der heute die Zentrale der wirtschaftlichen und sozialen Aktivität geworden ist, von der Regierung anerkannt und von ihr in allen Fragen, die die Arbeit betreffen, zu Rate gezogen wird.

Wie schon vor dem Kriege, werden auch heute die Mehrzahl der Kollektivabmachungen nur nach Verhandlungen mit den drei Gewerkschaftsverbänden geschlossen. Für die Vertretung der holländischen Arbeiterschaft bestimmen die Gewerkschaften den Abgeordneten abwechselnd, so daß z. B. 1946 der Arbeitervertreter auf der internationalen Arbeitstagung in Montréal der Abgeordnete der katholischen Gewerkschaften war, der zu gleicher Zeit Generalsekretär des internationalen Verbandes der christlichen Gewerkschaften ist. Der katholische und der protestantische Verband gehören

beide dem internationalen Verband der christlichen Gewerkschaften an.

Die katholische Arbeiterbewegung in Holland, die seit dem Kriege stärker als vorher zentralisiert ist, leitet das Bildungswerk in den Städten und Dörfern und setzt sich für die Verteidigung der Interessen der Arbeiter ein. Neben dem Sekretariat der Bewegung steht ein Beirat für religiöse und moralische Fragen, ein kultureller Beirat, ein Wirtschaftsrat, ein Rat für soziale und finanzielle Fragen, für Volksgesundheit, der zentrale Frauenrat und der zentrale Jugendrat.

Die Bewegung hat eine eigene Versicherungsgesellschaft, eine Tageszeitung „De Volkskrant“ und eine Wochenschrift „Herstel“.

Die Bewegung hat sich einen wichtigen Platz im öffentlichen Leben erobern können und ihre Führer genießen allgemeines Vertrauen. So ist der Präsident der katholischen Baugewerkschaften, der Abgeordnete Andriessen, zum Vorsitzenden der katholischen Volkspartei, der größten Partei des Landes, gewählt worden.

In einer von der *Osterreichischen Kulturvereinigung* veranstalteten Vortragsreihe mit dem Thema „Wir und das Christentum“ sprach der Direktor des Burgtheaters, Raoul Aslan, über „Christentum und Theater“.

Religion und Kunst, sagte er, sind Mysterien... Ihre Gesetzmäßigkeiten sind nicht bis auf den Grund einsichtig oder kontrollierbar, aber sie gehören zusammen. Beide geben dem Leben Form, tragen das menschliche Leben und helfen ihm, sich zu offenbaren. Religion und Kunst greifen auch ins öffentliche Leben ein, gestalten es und haben darin eine Weltsendung. Als „Religion“ und als „Kunst“ schlechthin sind sie anonyme Kulturmächte. Werden sie sich ihrer Weltsendung bewußt, dann nur als diese Religion und diese Kunst.

Diese tiefe Verwandtschaft zwischen Religion und Kunst bedeutet auch eine tiefe Beziehung zwischen Christentum und Schauspielkunst. Diese verdeutlichte Aslan an zwei besonderen Themen, dem der Persönlichkeit und dem der Vergegenwärtigung.

Christentum und Schauspielkunst haben miteinander gemein, daß beide an der Bildung der Persönlichkeit und an der Offenbarung der Persönlichkeit arbeiten. Christus offenbart die Personhaftigkeit Gottes des Vaters, und zugleich vollendet er die Persönlichkeit des Menschen in der des Christen. Der Schauspieler läßt bilden und bildet sich nach natürlichen und gnadenhaften Möglichkeiten und offenbart, zeigt, enthüllt, entschleierte vor den Menschen den Reichtum der personalen Welt. Das eine ist ein göttliches Mysterium, das andere ein innerweltlich-künstlerisches Mysterium. Das eine gilt für alle Menschen und vor allen Menschen, das andere gilt für die Künstler und vor den des künstlerischen Genusses fähigen Menschen. Die Tatsache der schauspielerischen Personoffenbarung ist ein Gleichnis dafür, daß es möglich ist, daß Gott die Geheimnisse seines inneren Selbst durch Christus offenbart; denn wenn es schon innerweltlich und für Menschentalente möglich ist, Persönlichkeit zu offenbaren, wie sollte es für Gott unmöglich sein, seine eigene Persönlichkeit uns zu enthüllen und unsere menschliche Persönlichkeit nach seinem Bild und Gleichnis zu bilden.

Das Thema der Vergegenwärtigung führte Aslan zu einer in aller Ehrfurcht aufgezeigten Parallele zwischen

Priester und Schauspieler. Den Priester nannte er den Liturgen Gottes, der göttlichen Wirklichkeit im Gottesdienst zugewandt, den Schauspieler den Liturgen der Natur, der Welt zugewandt. Beide Bereiche stellen das Dingliche in ihren Dienst; Kult und Kultur bedienen sich der dinglichen Welt, um hier das Drama des Christentums, dort das Drama des Menschen darzustellen. Der Christ und der Künstler, der Priester und der Schauspieler bringen Gott die Welt zum Opfer dar. Der Christ nimmt die Welt und bringt sie durch Askese und Überwindung Gott zum Opfer. Der Schauspieler nimmt die Welt auf und schafft sie im Spiegel der Selbstenthüllung neu und kann sie Gott zum Opfer darbringen. Beide können zwar durch Flucht ihr Opfer vor Gott vergeblich machen, der eine, indem er aus der Welt flieht und so den Weltauftrag und die Weltendung des Christentums verfehlt, der andere, indem er in die Welt flieht und seine künstlerische Sendung in der Welt Gott entzieht. Und doch muß es nicht so sein. Der Heilige und der Künstler könnten sich in der gleichen Opfergesinnung treffen, wenn sie auch auf verschiedenen Wegen ihr Opfer zum Altar bringen.

Aslan zählte dann einige Forderungen auf, die für den Christen und den Künstler gleich wesentlich sind und ihre Verwandtschaft aufs neue erhellen: die Forderung der Ruhe, der Selbstbeherrschung, des Gehorsams, der Festigkeit, des Wissens um den Weg.

Das auserwählte Volk der Christen und das auserwählte Volk der Künstler, wie Aslan sie nannte, haben schließlich eine gemeinsame Weltendung: die Kultur der Freude. Beide haben ihre Macht, Kraft und Autorität aus der Wahrheit. Wo diese Wahrheit wahrhaftig wird, wo sie durchscheinend wird, dort ist Schönheit. Wo aber Schönheit ist, ist Freude. Die wahrhaftige Freude ist aus dem Christentum, die durchscheinende Freude aus der Kunst.

Am 25. und 26. März fand in Wien unter Vorsitz Kardinal Dr. Theodor Innitzers die *Frühjahrskonferenz des österreichischen Episkopates* statt, an der sämtliche Bischöfe Österreichs teilnahmen. Über ihre Beschlüsse in der Schulfrage haben wir schon in Heft 9 der Herder-Korrespondenz, S. 400, berichtet.

In der Frage der staatlichen Anerkennung kirchlicher Feiertage beschloß die Konferenz, mit allen rechtlichen Mitteln wenigstens für die Beibehaltung der im österreichischen Konkordat 1934 auch staatlicherseits anerkannten Feiertage einzutreten. Im besonderen sind davon betroffen die kirchlichen Feiertage des 6. Januar, 29. Juni und 8. Dezember. Auf dem Gebiete des Ehegesetzes fordern die Bischöfe die Aufhebung des reichsdeutschen Ehegesetzes und die Schaffung eines österreichischen Ehegesetzes mit fakultativer kirchlicher Trauung. Besondere Bedeutung kommt dem in Übereinstimmung mit den Äbten der Stifte getroffenen Entschluß der Bischofskonferenz zu, kirchlicherseits und noch vor einer gesetzlichen Regelung den Willen zu einer Bodenreform zu bekunden, insoweit kirchlicher Grundbesitz zur Verfügung steht. Zehntausend Siedlern sollen kirchliche Grundstücke zur Verfügung gestellt werden. Ferner wurde beschlossen, den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen der Kleinpächter weitgehend entgegenzukommen. Diese kirchliche Siedlungsaktion kann jedoch erst realisiert werden, wenn hierfür die gesetzlichen

Voraussetzungen gegeben sind, also auch die Wiedergutmachung, d. h. die Rückgabe der der Kirche widerrechtlich entzogenen und enteigneten Grundstücke durchgeführt ist.

Zur Flüchtlingsseelsorge und zum Ausbau der Caritas wurden weitere Beschlüsse gefaßt, die pastorale Betreuung der katholischen Auslandsösterreicher dem Clemens-Maria-Hofbauer-Hilfswerk zugewiesen. Eine neuerliche Behandlung erfuhr auch die kirchliche Stellungnahme zur Frage einer sozialen Indikation bzw. der Außerkraftsetzung des § 144 (Bestrafung der Abtreibung). Hinsichtlich der Organisation der kirchlichen Jugend wurde die ehebaldigste Errichtung eines österreichischen Jugendheimes in Erwägung gezogen. Für die kirchliche Presse fand das am 14. November 1946 in Salzburg errichtete Österreichische Borromäus-Werk neuerlich Billigung und Empfehlung des österreichischen Episkopates. Ihm angeschlossen sind die Österreichische Buchgemeinde Wien und die St.-Josef-Bücher-Bruderschaft Klagenfurt, wobei sich der Wirkungskreis der Österreichischen Buchgemeinde vor allem auf das Gebiet der Erzdiözese Wien erstrecken soll. Die völlig unzureichende Papierzuteilung an kirchliche Zeitungen und Zeitschriften wurde ebenfalls von der Bischofskonferenz behandelt und dieser Mangel ausdrücklich festgestellt. Unter den weiteren auf der Tagesordnung stehenden Fragen befanden sich auch die Finanzierung der Heidenmissionen und die liturgische Bewegung.

Vom 15. bis 18. April fand in Wien eine *Tagung für Arbeiterseelsorge* statt. Sie knüpfte an eine Tagung über Probleme der Seelsorge unter der Arbeiterjugend an, die vom Wiener Seelsorgeinstitut knapp vor der Annexion Österreichs 1938 veranstaltet worden war und an der auch schon damals Prälat Cardijn (Brüssel), der Vorsitzende der Jeunesse Ouvrière Chrétienne, teilgenommen hatte. Die Tagung wurde eröffnet mit einem Grundsatzreferat von P. Ferdinand Frodl SJ über „Wirtschaft und Gesellschaft in christlicher Schau“, woran sich eine lebhaftige Aussprache über die Grundsätze ihrer Neuordnung anschloß. P. Frodl verwies für die katholische Sozialdoktrin vor allem auf die Auswertung der päpstlichen Enzykliken. Die Aussprache zeigte die Notwendigkeit einer Klärung innerhalb der katholischen Soziologie, wozu die nötigen institutionellen Maßnahmen in nächster Zeit ergriffen werden dürften. Ein ausgezeichnetes Referat hielt Hochschulprofessor Dr. Ferdinand Graf Westphalen über „Die tragenden Ideen des Sozialismus und des Christentums“. Er verwies vor allem auf die Gemeinsamkeit zwischen Sozialisten und Christen im Hinblick auf das Anliegen einer neuen, gerechten Sozialordnung, lehnte jedoch den Weg, den die Sozialisten zur Erreichung dieses Zieles propagieren, ab und betonte, daß sein Schicksal und das Ergebnis seines Ringens um eine neue Welt entscheidend davon abhängen werde, ob der Sozialismus in eine neue Begegnung mit dem Christentum eintrete. Ludwig Reichhold sprach über den Arbeiter, geistig und gesellschaftlich gesehen. Seine These lautete: die Kirche kennt den Arbeiter nicht und der Arbeiter kennt die Kirche nicht. Das Schicksal beider wird von einer möglichen Neu- begegnung bestimmt werden. Damit wurde übergeleitet zu den pastoralen Themen des Nachmittags des 16. April. Pfarrer Wagner, Wien, XIV., referierte über die religiöse

Situation in der Arbeiterschaft. Der absolute Atheismus ist in der Arbeiterschaft nicht mehr zuhause, das alte Freidenkertum steril geworden. Diese Hinneigung zum Glauben bedeutet jedoch keinesfalls schon eine Hinwendung zur Kirche, der gegenüber der Arbeiter sich immer noch unter dem Hinweis auf ihr „Bündnis mit den Besitzenden“ reserviert verhält. Dennoch hat die Kirche auch unter der Arbeiterschaft durch die Verfolgung des letzten Jahrzehntes gewisse Sympathien errungen. Seelsorglich besteht die große Gefahr darin, daß der Sozialismus als eine Art Ersatzreligion dient und die Arbeiterschaft, ohne überhaupt noch zur Kirche in Gegnerschaft zu stehen, einfach an ihr vorbeigeht. Das zweite Referat des Nachmittags wurde von Pfarrer Singer über „Wege zum Arbeiter“ gehalten. Er forderte vor allem die Heranziehung des Laien in Pfarr- und Diözesanausschüssen, wobei bewußt auf die soziale Schichtung Rücksicht genommen werden müsse. Für die junge Arbeiterschaft sind eigene Organisationsformen, ähnlich der J.O.C., zu schaffen. Parteipolitische Bindungen sind abzulehnen, dagegen das Laienapostolat in einer Weise zu prägen, daß der soziale Erneuerungswille des Katholiken in Lebensführung und Einstellung zu den Problemen des Tages prägnant zum Ausdruck kommt. Angeregt werden ferner die Erstellung eines eigenen katholischen Arbeiterbildungswerkes, eine entsprechende Publizistik, gesonderte Exerzitien für Arbeiter und endlich die Abhaltung von sozial-pastoralen Studienwochen, in denen sich Priester und Referenten der Pfarrausschüsse zur Arbeit zusammenfinden. Ferner wurde vorgeschlagen, an den Episkopat mit der Bitte heranzutreten, zu gegebener Zeit eine Kundgebung über die Grundsätze der Sozialreform zu erlassen, die nochmals Klerus und Kirchenvolk deutlich die Stellungnahme der Kirche im Sinne einer eigenen Aktivität vor Augen führen soll. Am 17. April sprach Prälat Cardijn, dessen dreistündige Ansprache das große Erlebnis dieses Tages bildete. Seine Hauptthese war, daß nicht der Klerus, sondern nur der apostolisch gesinnte Arbeiter in der Fabrik seelsorgerlich wirken könne. Der Klerus muß sich auf den eigentlichen Bereich seiner Pastoral zurückziehen, er ist nicht „Präsident“, sondern „sacerdos assistens“ und muß alles andere den Laien überlassen. Prälat Cardijn sprach aus der großen Erfahrung eines Lebens für die katholische Jungarbeiter-„Internationale“. Er schloß seine Ausführungen mit einem optimistischen Ausblick auf die Zukunft des Verhältnisses von Kirche und Arbeiterschaft. Eines der Ergebnisse der Tagung dürfte ein beschleunigter Ausbau einer der J.O.C. ähnlichen Jungarbeiterbewegung in Österreich sein. Pfarrer Teufel aus Linz gab einen Arbeitsbericht aus der Seelsorge der Arbeiterjugend, P. Hartwig Balzen sprach über die Möglichkeiten der Erfassung der Jungarbeiterschaft, wobei er besonders die Schulung von Aktivisten für Betriebe und Pfarren, die Organisation eines eigenen Sozialwerkes und die Führung des Laien betonte. Frau Grete Rehor, Gewerkschaftssekretärin, sprach über das Schicksal der Arbeiterin, wobei sie darauf hinwies, daß heute 40% der Berufstätigen in Österreich Frauen sind. In einzelnen Industrien, wie Textil, Chemie und Schuhen, liegt dieser Prozentsatz noch bedeutend höher. Damit ergibt sich, daß sich die Kirche in besonderem Maße der geistigen Not der Frau als Arbeiterin anzunehmen hat, wobei jedoch dieser Aufgabe das Verhalten mancher christlicher Unternehmer sehr entgegenwirkt. Dr. Otto

sprach noch über den Sozialismus als Bewegung in Österreich. Dr. Otto, früher selbst Sozialist, verwies auf die Entwicklung vom Marxismus weg und auf die Überlagerung verschiedener Strömungen im heutigen Sozialismus Österreichs. Der Tenor seiner Ausführungen war eher optimistisch. In der Aussprache wurde entgegengehalten, daß die Toleranz gegenüber dem Katholizismus, die neuerdings anzutreffen ist, unter der Voraussetzung der Tolerierung der eigenen Weltanschauung des Sozialismus, die sich heute immer mehr als Aufklärung zu erkennen gibt, erfolgt. Es handelt sich also auch heute noch bei Christentum und Sozialismus um zwei Welten, was sich gerade in der jungen Arbeiterschaft deutlich zeigt. Abschließend referierte der Salzburger Jugendseelsorger Franz Wesenauer über die Persönlichkeit des Arbeiterseelsorgers, er konnte hierbei auf die Persönlichkeit Prälat Cardijn verweisen und damit seine Forderung, daß der Arbeiterseelsorger immer „Kaplan“ bleiben müsse, verdeutlichen. Die Wiener Tagung für Arbeiterseelsorge steht am Anfang eines neuen missionarischen Abschnittes im Kampf der katholischen Kirche Österreichs um die Seele des Arbeiters. Ihr wird zugute kommen, daß die Kirche heute unabhängiger und freier von den Mächten als je zuvor der Arbeiterschaft gegenübertritt.

Die seit Jahresende sich mehrende scharfe Kritik verschiedener österreichischer Bischöfe an den Zuständen des öffentlichen Lebens hat nunmehr aus Anlaß des jüngsten Vortrages des Salzburger Fürsterzbischofs Dr. Rohracher in Innsbruck zu einer seit dem Wiedererstehen der österreichischen Staatlichkeit erstmaligen *Erwiderung von Seiten der Sozialisten* geführt. Das Zentralorgan der SPÖ (Arbeiterzeitung, Wien) beschuldigt den Erzbischof unter dem Titel „Der Bischof von Salzburg steigt in die politische Arena“, der Einmischung in die österreichische Innenpolitik und damit einer Verletzung der von kirchlicher Seite gegebenen Zusage, der Klerus würde sich jeder politischen Betätigung enthalten. Das Blatt zitiert unter anderem folgenden Passus: „Ich weiß, man wird mich jetzt wieder den Nazibischof heißen. Aber wenn man mich heute Nazibischof heißt, weil ich mich unrecht verfolgt, armer, notleidender, hilfloser Mitläufer annehme, dann heiße ich gerne so, denn ich weiß mich in Gesellschaft von ungezählten überzeugten Österreichern, des amerikanischen Episkopates, der erst vor kurzem in einem Hirtenbrief auch für die Menschenrechte der Parteigenossen einmütig eingetreten ist, ich weiß mich in der beglückenden Gesellschaft des Heiligen Vaters“. Der Angriff der „Arbeiterzeitung“ ist symptomatisch für ein sich versteifendes Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Sozialisten, wobei bei letzteren vor allem die Befürchtung eine Rolle spielen dürfte, daß die Distanzierung der katholischen Kirche von den gegenwärtigen Maßnahmen in Österreich der SPÖ viel von ihrem Anspruch, Avantgarde der Freiheit des Landes zu sein, nehmen dürfte.

Im März hat in Luzern eine Tagung der *Caritas Internationalis* stattgefunden, an der die Abgesandten von 20 Nationen teilgenommen haben: Amerika, Argentinien, Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Polen, Schwe-

den, die Schweiz, Spanien, die Tschechoslowakei und Ungarn. Den Vorsitz der Tagung hatte Msgr. Franz von Streng, der Bischof von Basel und Lugano. Fast alle der anwesenden Nationen gaben einen detaillierten Überblick über ihre gegenwärtige und künftige Tätigkeit. In diesen Erklärungen wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Schweizerische Caritaszentrale die Organisation und die Tätigkeit der Caritas in anderen Ländern angeregt habe. Einige Caritas-Organisationen sind infolge der Initiative der Schweizerischen Caritas überhaupt erst geschaffen worden.

Folgende Fragen wurden vor allem behandelt:

1. Die Nachkriegshilfe: Die Schweiz will anlässlich der Heiligsprechung des seligen Nikolaus von der Flüe eine Sammlung im ganzen Lande veranstalten, die sie dem Hl. Vater zur Verfügung stellen will. Sie hat angeregt, daß eine ähnliche Sammlung auch in anderen Ländern ausgeführt werden soll, über die der Hl. Vater dann nach Gutdünken verfügen kann.

2. Die Kinderhilfe: Man besprach die Aufnahme von hilfsbedürftigen Kindern in Familien oder Kolonien in anderen Ländern sowie auch die Schaffung von Kolonien bei den leidenden Nationen selber. Die Hilfe für die notleidenden Kinder Europas ist ganz besonders dringend.

3. Studentenhilfe: Da Krieg, politischer Terror und Propaganda eine große seelische Verwüstung bei der studentischen Jugend angerichtet haben, wurde beschlossen, auch dieser durch eine große Hilfsaktion beizustehen, damit sie ihren Beitrag zum Wiederaufbau der Welt aus christlichem Geiste leisten könne. Es sollen ihr Bücher, Nahrungsmittel und Kleidung vermittelt werden.

4. Die Auswanderung: Es wurde lebhaft darüber debattiert, welche Länder im Stande seien, Auswanderer aufzunehmen. Die Caritas hat besondere Beauftragte in diese Länder geschickt, um die Probleme der Ansiedlung zu untersuchen. Die Schweizerische Caritas besitzt bereits in Südamerika eine Ansiedlerschule, die der beruflichen Eingewöhnung der zukünftigen Siedler dienen soll.

Die Caritas Internationalis besteht seit 1924, und seit damals ist ihr Generalsekretariat bei der Caritas in Luzern. Daher hat auch die Schweiz die Initiative ergriffen, zum ersten Male nach dem Kriege die Vertreter der ihr angehörigen Länder nach Luzern einzuladen.

Aus Ost- und Südosteuropa

Aus Anlaß verschiedener Meldungen in der Weltpresse wurden im Vatikan in letzter Zeit einige genauere Angaben über den *Stand der Verhandlungen zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit einigen osteuropäischen Ländern* gemacht.

Die diplomatischen Beziehungen mit *Ungarn* sind nie formell abgebrochen worden. Die Nuntiatur in Budapest und die ungarische Gesandtschaft im Vatikan bestehen theoretisch weiter, nur sind sie, seit der apostolische Nuntius Msgr. Rotta zur Abreise gezwungen wurde, unbesetzt. Inzwischen ist eine offizielle ungarische Mission unter Führung des Rektors der Universität Szeged, Dr. Toth, beim Vatikan eingetroffen, deren Aufgabe darin besteht, die Wiederanbahnung der Beziehungen vorzubereiten. Sie hat nach ihrem Eintreffen in Rom Msgr. Rotta einen Höflichkeitsbesuch abgestattet, was

allgemein als ein Zeichen guten Willens angesehen worden ist. Vom Vatikan aus legt man in den jetzt angebahnten Verhandlungen großen Wert darauf, daß angesichts der ungeklärten kirchenpolitischen Lage des Landes gewisse Sicherungen gegeben werden. Der hauptsächlichliche Streitpunkt dürfte die vom ungarischen Parlament geplante Abschaffung des pflichtmäßigen Religionsunterrichts sein.

Die *rumänische Gesandtschaft* beim Vatikan ist inzwischen wieder mit einem Geschäftsträger in der Person des Dr. Moscouna, eines Neffen des rumänischen Außenministers Tartaescu, der schon früher der rumänischen Gesandtschaft am Hl. Stuhl angehört hatte, besetzt worden.

Die Meldungen über Verhandlungen mit *Polen*, die zur Hauptsache aus amerikanischen Quellen stammen, werden jedoch vom Vatikan als unzutreffend bezeichnet. Sie hängen wahrscheinlich mit dem Besuche des Krakauer Kardinals Sapieha zusammen, der nach Rom gefahren ist, um dem Hl. Vater die Auffassung des polnischen Episkopats zur gegenwärtigen Lage des Landes, die jüngst auf der in Gnesen abgehaltenen polnischen Bischofskonferenz formuliert worden ist, darzulegen. Die Warschauer Regierung hatte, wie wir schon gemeldet haben, das mit dem Vatikan bestehende Konkordat einseitig gekündigt, und in polnischen Radiomeldungen war wiederholt scharfe Kritik an der Haltung des Hl. Stuhles, ja sogar des Hl. Vaters während des Krieges geübt worden. Wegen dieser Anschuldigungen hat zwar der polnische Präsident Bierut dem Hl. Vater vor kurzem eine Entschuldigung übermitteln lassen, da er sich auf Grund der inzwischen veröffentlichten Dokumente von der wohlwollenden Haltung Pius XII. gegenüber den deutschen Unterdrückern der Polen überzeugt habe. Die kirchliche Gesamtlage in Polen wird in Rom aber weiterhin als beunruhigend angesehen. Auch die angebliche Erklärung des Kardinals Sapieha, die die noch im Ausland lebenden Polen aufforderte, in ihre Heimat zurückzukehren, wird als eine freie Erfindung bezeichnet.

Wie wir in der „Herder-Korrespondenz“, Heft 6/7, S. 322 schon gemeldet haben, ist nach dem Tode des *Exarchen der russischen Orthodoxen* in Westeuropa, Metropolit Eulogius, ein Streit um seine Nachfolge ausgebrochen. Der Patriarch von Moskau hatte den Metropolitan Seraphim zum Nachfolger von Eulogius ernannt, während Eulogius selber seinen Adjunkten, den Bischof Wladimir, zum Nachfolger designiert hatte. Eine große Zahl der westeuropäischen Orthodoxen hatte Seraphim nicht anerkannt. Nun wird gemeldet, daß der ökumenische Patriarch in Konstantinopel, dessen Jurisdiktion Eulogius formell noch unterstanden hatte, Wladimir als Nachfolger des Metropolitan Eulogius und damit als Exarchen für die russisch-orthodoxen Gemeinden in Westeuropa bestimmt hat. Das Schisma zwischen den westeuropäischen Orthodoxen ist damit endgültig geworden. In den Ankündigungen der Ostergottesdienste in den orthodoxen Kirchen in Paris in der Zeitung „Russkije Nowosti“ wurde schon zwischen „Gemeinden des Moskauer Patriarchats“ und „Gemeinden des Konstantinopeler Exarchats“ unterschieden.

Der ökumenische Patriarch, der sich infolge einer schweren nervösen und geistigen Erkrankung für einige

Zeit in der Schweiz aufgehalten hatte, ist inzwischen nach Konstantinopel zurückgekehrt. Sein Gesundheitszustand ist jedoch weiterhin so schlecht, daß er wahrscheinlich sein Amt niedergehen müssen. Nach einer Meldung der englischen Wochenschrift „The Tablet“ rechnet man damit, daß zu seinem Nachfolger der griechische Erzbischof von New York, Athenogoras, ernannt wird. Eine solche Ernennung würde zweifellos eine sehr deutliche politische Maßnahme darstellen.

Im Auftrag des Moskauer Patriarchen Alexius soll sich der Metropolit Gregorij von Leningrad nach New York begeben, um Schritte zu einer *Versöhnung der russisch-orthodoxen Kirche in Amerika mit der Mutterkirche* einzuleiten. Auf diese Meldung hin gab der russisch-orthodoxe Metropolit von New York, Vitalij, im Namen eines Teiles der orthodoxen Hierarchie der USA eine Erklärung ab, in der das Moskauer Patriarchat auf das schärfste abgelehnt wird. „Die wahre amerikanische orthodoxe Kirche“, so heißt es in dieser Erklärung, „ist dem Moskauer Patriarchat nicht unterworfen. Die wahre Kirche in Rußland ist untergetaucht. Die gegenwärtige Hierarchie in Rußland hat ihr Amt nur mit Duldung des Kreml inne“.

Die englische katholische Wochenschrift „The Tablet“ veröffentlicht einen Bericht ihres englischen Korrespondenten, der zur Konferenz der Außenminister in Moskau war, über den *Gottesdienst in der einzigen katholischen Kirche Moskaus*, St. Louis des Français, die seinerzeit als Kirche der französischen Botschaft gebaut und auch heute noch von ihr unterhalten wird. Die Kirche wird verwaltet von einem Assumptionistenpriester französisch-kanadischer Abstammung, der amerikanischer Staatsbürger ist, Pater G. A. Laberge. Der Korrespondent schreibt über die Gottesdienste folgendes:

„Jeden Sonntag ist die Kirche dicht gefüllt. Die Gläubigen füllen das Kirchengestühl bis zum letzten Platz und stehen noch Schulter an Schulter im Mittel- und in den Seitenschiffen. Die Gemeinde besteht zum großen Teil aus alten, zum Teil sehr alten russischen Frauen, mit einer geringeren Zahl alter Männer untermischt. Es sind zum größten Teil Russen, ferner noch einige Balten und Polen. Die meisten von ihnen sehen aus wie Bündel aus altem, braunem Papier, aus dem ein müdes, zerfurchtes und schmutziges Gesicht herausguckt. Die meisten von ihnen tragen alte Gummistiefel oder alte Lederstiefel mit wollenen Schäften. Fast alle sind erkältet und husten die ganze Zeit. Der Rest der Gemeinde besteht aus einigen Angehörigen der französischen Botschaft, ein paar — wahrscheinlich auch französischen — Kindern, und während der Konferenz einigen Amerikanern.“

Wenn man in die Kirche geht, so sieht man in den Haustüren der benachbarten Häuser und auf dem Kirchengrundstück selbst Agenten der Geheimpolizei versteckt, die jeden notieren, der in die Kirche eintritt. Jeden Sonntag finden 2 Messen und ein Hochamt statt. In allen 3 Gottesdiensten predigt P. Laberge, und zwar jedesmal auf Französisch, Englisch und Russisch, sodaß er also praktisch jeden Sonntag 9 Predigten hält, die er, um jedes Mißverständnis zu vermeiden und jederzeit einen Beleg für das, was er gesagt hat, in der Hand zu haben, Wort für Wort aufschreibt und abliest“.

Der *Kardinalprimas von Polen, Erzbischof Hlond*, hat zum 950. Jahrestag des Martyriums des hl. Adalbert einen Hirtenbrief gegen die neuheidnische Propaganda erlassen, in dem es heißt:

„In der Gegenwart erhebt sich der Schatten des Heidentums aufs Neue und breitet sich über die Welt aus; eines Heidentums, das nichts mit dem Götzendienst unserer Vorfahren gemeinsam hat. Es ist ein modernes Heidentum mit allen Merkmalen des kämpferischen Atheismus. Es erkennt nicht nur keinen Gott an, sondern ist ein Feind jedes göttlichen Ideals, gegen das es kämpft. Seine Anhänger wollen den Ruhm des Schöpfers durch die Materie ersetzen. Auf allen Gebieten des Lebens und der Kultur versuchen sie, selbst die Spuren des religiösen Gedankens auszulöschen...“

Diese Atheisten wollen vor allem in der Erziehung der Jugend jedes Prinzip, das von der Kirche ausgeht, abschaffen. Sie bemühen sich, den Glauben in den Massen zu entwurzeln und sie zu entchristlichen. Ihre Taktik ist nicht in allen Ländern die gleiche. Die Reaktionen, die sie hervorrufen, sind nicht überall identisch; in einigen Ländern hat der Bazillus des Atheismus den sozialen Organismus schwer angegriffen.

Diese Form des Neuheidentums hat Polen nicht verderben können; es ist ihr nicht gelungen, in die Seele des Volkes einzudringen. Die hellstichtigsten Männer haben sofort begriffen, daß es sich um einen Kampf gegen den Katholizismus handelt und daß die Kirche nicht nur in den Fabriken und Laboratorien, sondern selbst in den bescheidensten Hütten auf dem Lande angegriffen wird. Jeder wird die dringende Notwendigkeit begreifen, sich dieser Invasion entgegenzustellen. Jeder wird begreifen, daß die Zeit der Gleichgültigkeit und Neutralität vorbei ist. Es ist nicht möglich, dem Versuch, in dem tief katholischen Polen die Theorien des Neuheidentums zu verbreiten, passiv zuzusehen. Wir müssen unser christliches Erbe retten. Wir dürfen dem Neuheidentum keinen Schrittbreit weichen. Ein Krieg ohne Pardon wird zwischen uns und den Neuheiden ausgetragen.

Jede Kompromißmöglichkeit ist ausgeschlossen. Es gibt keine Versöhnung zwischen Christus und dem Bösen, wie es auch keine Versöhnung zwischen dem katholischen Glauben und dem Heidentum geben kann.

Im Laufe seiner leidensreichen Geschichte hat Polen furchtbare Krisen durchgemacht, aber immer seine geistige Überlieferung, die die des heiligen Adalbert war, unverändert bewahrt. Seit den Zeiten der ersten Verfolgungen jedoch hat die Kirche niemals Angriffe erlitten, die mit den heutigen zu vergleichen wären“.

Die *polnischen Bischöfe* haben aus Anlaß der Beratungen des Parlamentes über eine polnische Verfassung eine *formelle Erklärung* abgegeben, in der sie verlangen, daß die folgenden 15 Punkte von grundlegender Bedeutung in der Verfassung berücksichtigt werden.

1.) Die Verfassung muß auf der Lehre gegründet sein, daß der einzelne Bürger ebenso wie der Staat dem Naturrecht untersteht.

2.) Weil die polnische Nation überwiegend katholisch ist, muß die polnische Verfassung die Verfassung eines christlichen Staates sein. Sie muß Gott als den Herrn der Schöpfung anerkennen, ihre Vorschriften müssen das Gewissen der Katholiken respektieren und die katholischen Bürger in der Ausübung ihrer Religion fördern.

3.) Die Verfassung muß Gesetz und Ordnung im öffentlichen Leben sichern und Vorkehrungen gegen Mißbräuche, Anarchie und das Wirken unverantwortlicher Elemente treffen.

4.) Während die Verfassung den Bürgern gewisse, vom Staat hergeleitete Pflichten auferlegen kann, muß sie die menschliche Freiheit achten und darf sie nur insoweit einschränken, wie es das Gemeinwohl verlangt.

5.) Die Verfassung muß garantieren, daß der Staat die Menschenwürde seiner Bürger achtet.

6.) Die Verfassung muß die bürgerliche Gleichheit aller Bürger dadurch sichern, daß sie gleiche Behandlung vor dem Gesetz und vonseiten der Staatsverwaltung garantiert, daß sie alle an dem materiellen und geistigen Reichtum der Nation teilnehmen läßt und daß sie allen die Gelegenheit gibt, für sich und ihre Familie durch ehrliche Arbeit Lebensbedingungen, die der Menschenwürde entsprechen, zu schaffen. Keine Einzelpersonen oder Gruppen dürfen besondere politische oder materielle Vorrechte erhalten oder ungerechtfertigte Immunität genießen. Allen muß die Möglichkeit garantiert werden, sich einen Rechtsbeistand zu verschaffen.

7.) Die Verfassung muß das Privateigentum der Bürger und das Recht auf privaten Grundbesitz garantieren. Die Steuergesetzgebung darf nicht zur Ausschaltung des privaten Besitzes dienen. Eigentumsbeschränkungen müssen gleichmäßig durchgeführt werden und sind nur zulässig, so weit sie vom gemeinen Wohl gefordert sind.

8.) Die Verfassung muß die private Wirtschaftsinitiative garantieren, außer wo echte Bedürfnisse des Staates Einschränkungen verlangen.

9.) Die Verfassung muß die Rechtsgrundlage und die freie Entwicklung des Familienlebens sichern.

10.) Die Verfassung muß den katholischen Familien das Recht sichern, ihre Kinder christlich zu erziehen, und muß für den Religionsunterricht der Kinder sowohl in privaten wie in öffentlichen Schulen Vorsorge treffen.

11.) Die Verfassung muß die Gesetzmäßigkeit aller staatlichen Maßnahmen sichern und Vorkehrungen gegen den Mißbrauch der Macht und die Anmaßung ungerechtfertigter Amtsgewalt durch die Polizei oder durch politische Gruppen treffen.

12.) Die Verfassung muß eine gesetzmäßige Grundlage für die Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat schaffen.

13.) Die Verfassung muß die grundlegenden Freiheiten der Kirche anerkennen: die Freiheit, eine geistliche Autorität und Jurisdiktion auszuüben, sich nach ihrem eigenen Recht zu verwalten, Gottesdienste abzuhalten und innerhalb der Grenzen ihrer Sendung zu lehren und sich zu betätigen.

14.) Die Verfassung muß das Recht der Kirche anerkennen, Seminarien zu gründen und zu unterhalten; religiöse Orden und Genossenschaften zu gründen und Häuser für sie einzurichten; unter Achtung der Vorschriften der Staatsgesetze katholische Organisationen, Kindergärten, Waisenhäuser, Kinderheime, Schulen aller Art, Kranken- und Altersheime, Wohlfahrtseinrichtungen und Verlage zu eröffnen und zu unterhalten.

15.) Die Verfassung muß das Recht der Kirche auf Eigentum, wie Kirchen, Kapellen, Friedhöfe, anerkennen und muß das Eigentum, das die Kirche im Augenblick besitzt oder später erwirbt, sichern und sie muß der Kirche und dem Klerus das Recht garantieren, persönliches Eigentum

zu erwerben und über es in Übereinstimmung mit den staatlichen Gesetzen zu verfügen.

Das Warschauer Erziehungsministerium hat eine Verfügung erlassen, gemäß welcher Vorlesungen und Prüfungen im kanonischen Rechte, die bisher im Rahmen der juristischen Fakultäten der polnischen Universitäten veranstaltet worden sind, künftig in Wegfall kommen. Trotzdem die Fakultäten von Warschau und Krakau gegen diesen Erlaß protestiert haben, wird er aufrecht erhalten. Im polnischen juristischen Studium werden fortab nur noch Fragen des Staatskirchenrechtes zur Behandlung gelangen.

Die katholische Universität in Lublin hat im November 1945 eine neue Methode landwirtschaftlichen Hochschulunterrichts eingeführt, der bisher in Polen Unterricht in Landwirtschaftswissenschaft im engeren Sinne war. Über den neuen Versuch berichtet „Economie et Humanisme“, die Zeitschrift einer jungen katholischen Gruppe in Frankreich, die sich zum Ziel gesetzt hat, wirklichen und praktischen Kontakt mit den Lebensbedingungen der verschiedensten Volksschichten zu gewinnen, die die heutige Welt vor die Aufgabe des materiellen und christlichen Wiederaufbaus stellt. Der Bericht sagt, daß die Universität von Lublin ein Studienzentrum für die sozialen Probleme und das Problem der Bodennutzung auf dem Dorf gegründet hat. „Die Neuheit besteht darin, daß die Untersuchung der Wirtschafts- und Sozialverhältnisse auf dem Dorf zu einer besonderen Sektion von Universitätsstudien erhoben worden sind, die nicht an die technisch-landwirtschaftlichen Wissenschaften angeschlossen worden ist, sondern an die nationalökonomischen Wissenschaften; sie gehört in die Fakultät der Rechts- und sozialökonomischen Wissenschaften.“

Die Organisatoren dieses Studiums sind von dem Gedanken ausgegangen, daß eine sozialökonomische Ausbildung für die zukünftigen Führer auf dem Lande wichtiger ist als eine Ausbildung in der Technik der Landwirtschaft. Der ländliche Praktiker kann seine Bodennutzungsmethoden an Hand einer guten Berufszeitschrift nach mündlichen Ratschlägen, im Kontakt mit Musterwirtschaften usw. verbessern, aber das Fehlen einer sozialen und gemeinwirtschaftlichen Denkweise kann auf diese Weise nicht ersetzt werden, und ohne eine solche kann niemand sich von den primitiven Anbauformen, der geistigen Enge des Dorfes, der Abgeschlossenheit der Klasse freimachen.

Auch für die „Intelligenz“, die auf dem Dorf arbeitet, ist es wichtig, das ländliche Milieu, die Lebensbedingungen, die wirtschaftlichen Bedürfnisse und kulturellen Probleme zu kennen, woneben Kenntnisse des technischen Vorgangs in zweiter Linie stehen.

Lublin als Mittelpunkt einer fast ausschließlich landwirtschaftlichen Region ist ein geeigneter Ort für dieses Experiment. Zudem stehen bedeutende Lehrer und Forscher an der Universität selber für die neuen Lehrgänge zur Verfügung. Das Studium soll zwei Jahre dauern, je nachdem aber um ein drittes verlängert werden, das zu einem akademischen Grad führen würde. Für das Lehrjahr 1945/46 hatten sich ungefähr 200 Studenten für das neue Studium eingeschrieben.

Gelegentlich der Konsekration des neuen Abtes des Benediktinerklosters von *Prag-Breonow*, P. Anastasius Opasek, hat Erzbischof Beran von Prag darauf hingewiesen, daß der Heilige Vater die Gründung einer *neuen benediktinischen Provinz* in Mittel- und Osteuropa anerkannt hat, und daß die Abtei von Breonow, die vor 950 Jahren vom hl. Adalbert von Böhmen gegründet worden ist, in dieser eine bedeutende Rolle spielen wird. „Ich bin davon überzeugt, sagte er, daß die neue Provinz im weitesten Maße dazu beitragen wird, die Mission der slawischen Völker in der Gegenwart zu verwirklichen. Die slawische Idee ist keine chauvinistische Idee. Die slawischen Völker haben dagegen eine große Bedeutung für die Entwicklung der europäischen Menschheit, und sie werden ihre Aufgabe erst dann erfüllen können, wenn alle ihre Fähigkeiten, die jetzt noch nicht voll entfaltet sind, im Sinne des wahren Christentums eingesetzt werden können. Dann werden wir sehen, wie die slawischen Völker zur Wiedergeburt Europas mit beitragen und wie die Gefahr verbannt wird, von der man so oft im Westen spricht und die ganz Europa bedrohen könnte“.

Im *ungarischen Parlament* gaben *Schulfragen* erneut Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern der Regierungskoalition und unabhängigen katholischen Abgeordneten. Es ging um die Einführung des fakultativen Religionsunterrichts in den Schulen und um die Bestrebungen, ein Schulbuchmonopol für den Staat zu schaffen. Die katholischen Abgeordneten vertraten energisch den Standpunkt der Kirche, daß die Schulgesetzgebung bis zum Abschluß eines Konkordats zurückgestellt werden müsse. Der Katholische Männerverband Ungarns veröffentlichte gleichzeitig eine Erklärung, in der er eine Volksabstimmung über die Frage des fakultativen Religionsunterrichts fordert, bei der nur Eltern stimmberechtigt sein dürften. Ebenso bestimmt wendet er sich gegen das Schulbuchmonopol des Staates und stellt fest, daß die freie Wahl der Schulbücher, solange sie den staatlichen Normen und Ansprüchen genügen, in einem demokratischen Staate nicht verhindert werden dürfte.

Inzwischen hat, nach einer Meldung des vatikanischen Rundfunks, der Primas von Ungarn, Kardinal Mindszenty, allen katholischen Abgeordneten, die für die Abschaffung des pflichtmäßigen Religionsunterrichts in den Schulen stimmen, die Exkommunikation angedroht.

Nach einer Meldung der englischen Wochenschrift „*The Tablet*“ hat die jugoslawische Regierung dem *Erzbischof Stepinac* von Zagreb seine Entlassung aus dem Gefängnis angeboten, wenn er sich entschließen könnte, ein Gnadengesuch an die Regierung zu richten. Freilich dürfe er sich nach der Entlassung nicht in Jugoslawien aufhalten, sondern müsse sich ins Ausland begeben. Der Erzbischof hat dieses Angebot abgelehnt. Er hat erklärt, er würde höchstens um Wiederaufnahme seines Verfahrens bitten, wenn er die Gewähr hätte, daß er von einem politisch nicht beeinflussten Gerichtshof abgeurteilt würde. Auf keinen Fall würde er Jugoslawien verlassen.

Bulgarien, das neuerdings eine Republik geworden ist, ist damit beschäftigt, sich eine neue Verfassung zu

geben. Die gegenwärtige Volksregierung hat einen Vorschlag eingebracht, nachdem „*die Kirche vom Staat und vom Unterricht getrennt werden muß*, Gewissens- und Religionsfreiheit anerkannt und der Schulunterricht laiziert werden soll“.

Gegen diesen Vorschlag hat die *bulgarische orthodoxe Kirche* Einspruch erhoben. Sie hat ein detailliertes Memorandum an Regierung und Parlament geschickt. Dieses Memorandum legt die Gründe dar, um derentwillen sich der Heilige Synod der orthodoxen Kirche der Trennung von Staat und Kirche widersetzt, und zwar nicht nur vom religiösen und kirchlichen Stand aus, sondern auch „um der geistigen Einheit der bulgarischen Nation willen, in deren Rahmen sich ihre Kultur entfalten soll“. Der Heilige Synod hält die Forderung umso mehr für begründet, als sämtliche bulgarische Staatsmänner, die Kommunisten mit eingeschlossen, oft genug erklärt haben, daß die orthodoxe bulgarische Kirche eine Volkskirche im besten Sinne des Wortes sei und daß das bulgarische Volk ihr seine Kultur, seine Entwicklung und die gegenwärtige Form seiner politischen Struktur verdanke. Fast die Gesamtheit der bulgarischen Bevölkerung gehört der orthodoxen Kirche an. Freiheit des Gewissens und der Religion ist bisher immer vom Staat garantiert und geachtet worden.

„Wenn die Trennung von Kirche und Staat trotzdem durchgeführt werden sollte — heißt es weiter in dem Memorandum — so drängt die Kirche darauf, daß dies in einem Geiste guten Willens und gegenseitigen Vertrauens geschieht“. Der Heilige Synod verlangt, daß die neue Verfassung folgende Bestimmungen enthält:

1. Die orthodoxe bulgarische Kirche muß als eine Einrichtung öffentlichen Rechts anerkannt werden.
2. Die orthodoxe bulgarische Kirche muß die Möglichkeit haben, sich nach eigenem Gutdünken zu organisieren und sich selber zu leiten; Freiheit des Kults, des Glaubens, der Predigt und des Unterrichts sowie das Recht, ihre christlichen Caritaswerke zu unterhalten, muß ihr garantiert werden“.

Das Memorandum lenkt dann die Aufmerksamkeit auf die gegenwärtige Situation in den modernen demokratischen Staaten, die das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat durchgeführt haben. Es verlangt, daß die neue Verfassung auch vorsieht, „daß der Staat der Kirche die nötige materielle Hilfe angedeihen läßt...“, daß die Formalität der Zivilehe, die eingeführt werden soll, fakultativ und nicht obligatorisch sein soll...“, daß die Erziehung in den staatlichen Schulen in demokratischem Geiste durchgeführt wird, daß der Unterricht aber in ideologischer Hinsicht neutral bleibt, während ein Religionsunterricht als fakultativer Unterricht zugelassen werden soll“.

Um die Bedeutung dieses letzten Punktes zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß während des letzten Jahres in den staatlichen Schulen Bulgariens keinerlei Religionsunterricht erteilt worden ist.

Die Haltung der *albanischen Regierung* gegenüber der *christlichen Religion* verschärft sich anscheinend immer mehr. Offiziell wird als Grund der Verfolgung der katholischen Kirche deren Haltung während der Zeit der italienischen Besetzung angegeben. Da sich die Maßnahmen aber ebenso gegen die orthodoxe Kirche wenden, der man einen Vorwurf dieser Art nicht machen

kann, ist der eigentliche Grund, die Religionsfeindlichkeit, sehr deutlich.

Das Unterrichtsministerium hat kürzlich eine Instruktion bei allen im Lehramt Beschäftigten rundgehen lassen, die besagt, daß die Kinder auf der Grundlage der modernen Wissenschaft erzogen werden sollen. Dann werden folgende Forderungen erhoben (deren Wortlaut wir wiedergeben):

1. Es muß mit großer Sorgfalt darüber gewacht werden, daß die Kinder nicht an Religionsstunden teilnehmen.
2. Alle Professoren, Lehrer und Lehrerinnen müssen ihren nächsthöheren Vorgesetzten die „Schulen mit Religionsunterricht“ denunzieren, die noch offen sind, und ob die Kinder diese besuchen.

Aus Nord- und Südamerika

Im Frühjahr 1945 hielt der amerikanische Rat für pädagogische Studien zusammen mit der Nationalvereinigung der Christen und Juden eine Tagung ab, um über *das Verhältnis des öffentlichen Unterrichts zur Religion* zu diskutieren. Das Ergebnis dieser Tagung war die Schaffung eines Ausschusses für Religion und Erziehung, der den Auftrag bekam, die Probleme des Verhältnisses der Religion zur Erziehung zu untersuchen und Vorschläge für sachgemäße Lösungen in den amerikanischen Schulen zu machen. Der Ausschuß hat jetzt einen 54 Druckseiten umfassenden Bericht „*Die Beziehung der Religion zur öffentlichen Erziehung*“ veröffentlicht, der zunächst einmal die grundlegenden Fragen behandelt. Er stellt die folgenden acht grundsätzlichen Prinzipien heraus:

„1. Wir verwerfen den Säkularismus als Lebensphilosophie und wir können nicht anerkennen, daß er jemals vom amerikanischen Volk als eine solche Lebensphilosophie angenommen worden ist.

2. Die Behauptung, daß ein Schulsystem, aus dem aller religiöse Unterricht verbannt ist, der Absicht des amerikanischen Volkes, als es seine Erziehung säkularisierte, wirklich entsprochen hätte, widerspricht nicht nur der Geschichte der Pädagogik, sondern auch der Geschichte der Religion in Amerika.

3. Die religiöse Erziehung vollständig der Kirche und der Synagoge zu überlassen, widerspricht der in andern Dingen verfolgten Schulpolitik. Eine solche Maßnahme bedeutet praktisch dieselbe Gleichgültigkeit gegenüber der Religion herbeiführen, die wir erwarten müßten, wenn wir im politischen Bereich von allen Regierungsinstitutionen absähen.

4. Religion bedeutet eine letzte Wirklichkeit, die von uns die höchste Form der Anerkennung fordert. Dieser letzten Wirklichkeit haben die Menschen seit undenklichen Zeiten einen Namen gegeben, Gott. Der religiöse Mensch findet alle seine Begriffe von Wert, Recht, Pflicht und von der Bestimmung des Menschen in seiner Beziehung zu dieser letzten Wirklichkeit begründet.

5. In vielen Einrichtungen der höheren Bildung und der Lehrerbildung wird ein philosophisches System gelehrt, das dem religiösen Glauben von Millionen von Amerikanern widerspricht. Die Gläubigen haben jedes Recht, einen Angriff auf ihren Glauben, der im Namen einer akademischen Gelehrsamkeit gemacht wird, abzulehnen und zu verwerfen.

6. Was die Stellung der Religion in der öffentlichen Erziehung angeht, so wird die Ausübung lokaler Initiativen

vielfach durch die Furcht behindert, gegen die staatliche Politik oder gegen die allgemeine Übung hinsichtlich der Beziehung zwischen Kirche und Staat zu verstoßen. Eine solche explizite Übung existiert jedoch nicht. Wir sähen gerne, wenn dem Volke mehr Vertrauen geschenkt würde, seine Schulen unter Wahrung der vorgeschriebenen Lehrpläne auf seine eigene Weise einzurichten.

7. Wir glauben, daß die Trennung von Kirche und Staat im Wesentlichen folgendes bedeutet: Es gibt keine kirchliche Kontrolle der politischen Funktionen und es gibt kein politisches Diktat im kirchlichen Bereich, außer insoweit die öffentliche Sicherheit oder die öffentliche Sittlichkeit es vielleicht verlangen. Die Lehre von der Trennung von Kirche und Staat darf nicht dazu benutzt werden, die öffentliche Erziehung daran zu verhindern, die Frage, wie die religiösen Phasen unserer Kultur in den Lehrplänen zum Ausdruck kommen sollen, nach in der Sache liegenden Gesichtspunkten zu bestimmen.

8. Die öffentliche Erziehung darf keine religiösen Dogmen lehren oder über religiöse Verschiedenheiten ein Urteil fällen. Aber wenn sie die Schüler nicht veranlaßt, zu einem bestimmten Glauben zu kommen, und wenn sie zu diesem Ziele nicht das Bewußtsein der Schüler zur Erkenntnis der religiösen Quellen, auf die die Menschen sich zu verlassen gelernt haben, führt, ist sie weniger, als jede Erziehung sein sollte.“

Zu der Frage der aktuellen Verwirklichungsmöglichkeiten innerhalb des Unterrichts der öffentlichen Schulen weist der Bericht darauf hin, daß in dem Unterricht über die verschiedenen Formen des Gemeinschaftslebens auch die religiösen Institutionen und religiösen Bräuche ihren Platz haben sollten, daß zweitens das Studium der Bibel als eines einzigartigen Beispiels religiöser Literatur zum mindesten mit ebenso viel Eifer und Achtung betrieben werden sollte wie das der großen Klassiker, und daß drittens aus Anlaß der historischen, soziologischen, wirtschaftlichen, philosophischen, literarischen und künstlerischen Studien immer wieder auf das religiöse Element, das in all diesen Bereichen eine große und manchmal ausschlaggebende Rolle spielt, hingewiesen werden müsse. Der Bericht wendet sich jedoch dagegen, daß neben dieser allgemeinen religiösen Orientierung, die gleichsam den ganzen Studienstoff durchdringen soll, die Religion an sich formaler Unterrichtsgegenstand wird, da dadurch allzuleicht die Religion von allem anderen getrennt und die Ansicht großgezogen würde, als sei sie ein neben dem Leben existierender Bereich für sich. Die katholischen Stimmen in Amerika, die dem Bericht im übrigen zustimmen, weisen darauf hin, daß diese Meinung der Kommission wahrscheinlich aus der Furcht entspringe, sich mit der zur Zeit heiß umstrittenen Frage der Einführung eines förmlichen Religionsunterrichtes in das öffentliche Schulprogramm zu beschäftigen. In einer Schule, in der wirklich die religiöse Orientierung den ganzen Unterrichtsstoff durchdringt, würde der Religionsunterricht keinesfalls als ein Ding für sich, sondern vielmehr als Spezifizierung und Vollendung dieser religiösen Orientierung wirken.

Der amerikanische Verlag W. H. Sadlier in New York hat eine Reihe von Büchern über *katholische Soziallehre und Sozialethik für den Gebrauch an höheren Schulen* herausgegeben. Die Titel der bisher erschienenen Bücher lauten:

„Christentum und Kultur“, „Christentum und Amerika“, „Christliches Leben in der Wirtschaftswelt von heute“, „Christliche Grundsätze und nationale Fragen“.

Sie sollen dem Unterricht in der christlichen Soziallehre, der, wie wir schon einmal berichtet haben (siehe Herder-Korrespondenz, Heft 3, S. 115), einen festen Bestandteil des Lehrplanes der katholischen Schulen Amerikas bilden soll, eine feste Grundlage geben.

An der katholischen Universität von Amerika in Washington ist ein *Institut für Katholische Aktion* eröffnet worden, dessen Ziel nach der Definition seines Direktors Michael J. Quinn es ist, eine große Gemeinschaft nicht nur von Priestern und Ordensleuten, sondern auch von Laien heranzubilden, die in den besten Methoden gründlich ausgebildet sind, die heute für die Wiederherstellung, Förderung und Verbreitung des Reiches Gottes unter den Menschen notwendig sind. Die Lehrgänge des Institutes bauen auf einer gründlichen dogmatischen und geistlichen Ausbildung der Teilnehmer auf und schreiten von dort zu den praktischen Arbeitsmethoden des Laienapostolates fort. Die so ausgebildeten katholischen Laien sollen vor allen Dingen in den Laienbrüderschaften der katholischen Gemeinden und in den spezialisierten Gruppen der Katholischen Aktion arbeiten.

Unter der Überschrift „Operation university“ hat das gemeinsame Komitee für studentische Aktion des Nationalverbandes katholischer College-Studenten und der amerikanischen Newman Clubs eine *Übersicht über die internationale Studentenbewegung* veröffentlicht, in der es zugleich eine Gewissenserforschung über die Wirksamkeit seiner Tätigkeit anstellt, „eine Betrachtung darüber, wie sehr wir durch unsere Apathie zum Erfolg der Kommunisten beigetragen haben“, „sowie einige Aktionspläne für unsere Gemeinschaft, die die Initiative denen entreißen soll, die sich die Zerstörung der christlichen Zivilisation zum Ziele gesetzt haben.“ Der Bericht stellt sich die Frage, wo der Grund für den Erfolg der Kommunisten liege und antwortet darauf: „Sie sind erfolgreich, weil sie, wenn auch aus ganz anderen Beweggründen heraus, das tun, was die Kirche lehrt... Was wir brauchen, ist nicht ein antikommunistischer Kreuzzug, der jenen Menschenfreunden entgegentritt, die die Kirche reaktionärer Tendenzen verdächtigen, sondern eine positive aufbauende Arbeit an den Problemen des modernen Lebens.“

Der Kardinalsekretär der Heiligen Kongregation für die orientalische Kirche, *Kardinal Tisserant*, befindet sich zur Zeit auf einer *Reise durch die Vereinigten Staaten*, die mit über einer Million Katholiken der östlichen Riten mehr als ein Zehntel der überhaupt auf der Welt vorhandenen unierten Gläubigen beherbergen. Kardinal Tisserant sprach auf einer Veranstaltung der Fordham Universität über die schweren Prüfungen, die die katholischen Gläubigen im Osten zur Zeit über sich ergehen lassen müssen. „Trotzdem“, so sagte er, „ist die Haltung der östlichen Katholiken ein großer Trost und eine große Hoffnung. Unsere leidenden Mitbrüder sind standhaft in ihrem Glauben geblieben, und auch mit unseren getrennten Brüdern der östlichen Kirche verbindet uns ein umso

stärkeres Band des Leidens und der Verteidigung des Glaubens Jesu Christi“. Als das Hauptproblem der gegenwärtigen Lage bezeichnet Kardinal Tisserant die Frage, wie Osten und Westen zu einem Verständnis in gegenseitiger Liebe kommen können. „Nur wahre Aufklärung, echte Wissenschaft“, so sagte er, „die in inniger Frömmigkeit und liebevollem Verständnis begründet sind, können unserer Welt den dauernden Frieden bringen. Die Päpste haben sich mit väterlicher Sorge seit Jahrhunderten darum bemüht, und viele Gelehrte und eine große Anzahl frommer Seelen haben ihnen dabei geholfen.“

Eine zum Studium der Probleme der Länder des Nahen Ostens und zur praktischen Hilfeleistung für ihre Völker gegründete amerikanische Organisation „Catholic Near East Welfare Association“ hat sich an die Vereinigten Nationen gewandt, um neben anderen, jüdischen und arabischen Gruppen von dem zu bildenden Untersuchungsausschuß der Vereinigten Nationen für Palästina über den *Schutz der christlichen Interessen in Palästina* gehört zu werden. Der Generalsekretär der katholischen Organisation, Msgr. Thomas J. McMahon, begründet dieses Gesuch damit, daß weder die jüdischen Organisationen noch die arabische Kommission, obwohl diese letztere verschiedene christliche Mitglieder habe, die Rechte der Christen im Heiligen Lande berücksichtige. „Bevor wir“, so heißt es in dem Gesuch, „irgendeiner Regelung oder einem Modus vivendi mit beruhigtem Gewissen zustimmen können, verlangen wir tatsächliche ausgebauten Garantien dafür, daß 1. alle unsere Heiligtümer respektiert werden und jederzeit und bedingungslos zugänglich sind und 2. die christliche Minderheit sich nicht nur jenes unbestimmten, häufig entstellten und willkürlich neutralisierten Rechts der religiösen Freiheit erfreuen wird, sondern auch des Rechtes auf religiöse Zusammenkünfte und auf religiöse Organisationen und Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, Waisenhäuser und andere Wohlfahrtsinstitute, sowie die Freiheit von jeder Beschränkung ihrer Rechte aus bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen.“

Die *Neger der Vereinigten Staaten* bilden eine große, in sich noch ziemlich abgeschlossene Gesellschaft, deren soziale Probleme und deren wirkliche Einordnung in die amerikanische Gemeinschaft jedoch zu den entscheidenden sozialen Fragen Amerikas gehören. Die schwarzen Bürger des Staates verlangen heute die völlige Gleichberechtigung, die ihnen theoretisch schon zusteht, aber in der Praxis immer noch an den schwer zu erschütternden Vorurteilen der Weißen scheitert. Zur Zeit der schweren amerikanischen Wirtschaftskrise um 1932 war die Lage der amerikanischen Schwarzen ganz besonders drückend, und in diesem Moment stürzte sich eine Woge kommunistischer Propaganda über die Negergesellschaft zumal der Negervorstadt New Yorks, Harlem. Die amerikanische Negerschaft war bisher stark religiös; zum größten Teil gehört sie protestantischen Kirchen an. Und zur Zeit der Sklavenaufstände und der Sklaverei waren die „schwarzen“ protestantischen Kirchen das eigentliche Rückgrat des Widerstandes. Aber die schwarzen protestantischen Geistlichen waren durch die patriarchalische Art, in der sie ihre Aufgabe auffaßten, in der Erkenntnis der neu aufschießenden sozialen Probleme be-

hindert: sie blieben hinter der allgemeinen Entwicklung der schwarzen Bevölkerungsschicht zurück. Die neuen sozialen Probleme wurden dagegen von der Propaganda der Kommunistischen Partei aufs schärfste erfaßt, und diese hatte daher, zumal bei der Jugend, großen Erfolg. Ihre Methode war die, nicht so sehr Mitglieder für die Partei unter der Negerjugend zu werben, als vielmehr in den verschiedenen Organisationen, die bestanden, einen entschiedenen Einfluß zu gewinnen und sich eine Kontrolle über sie zu sichern. Ihr Streben war es, sie alle zu einer „Einheitsfront“ zusammenzuschließen. Auf diese Weise reichte der Einfluß der Partei viel weiter, als er durch die Werbung von Mitgliedern hätte reichen können. Solche Organisationen waren bei den Schwarzen die „Workers Alliance“, der „International Worker's Order“, der „National Negro Congress“ und der „Southern Negro Youth Congress“. In diesen Organisationen versuchte die kommunistische Propaganda, die fortschrittlichen Elemente davon zu überzeugen, daß es nur die Wahl zwischen Kommunismus und Faschismus gebe, daß, wer sich dem Kommunismus widersetze, dem Faschismus vorarbeite. Positiv setzte sich die kommunistische Propaganda für soziale Verbesserungen ein, und sie setzte die Forderung auf Rassengleichheit bei sich selber auch in die Praxis um.

Es gab jedoch eine Jugendgruppe der Schwarzen, auf die die Kommunisten keinen Einfluß gewinnen konnten; diese Gruppe nannte sich „Modern Trend Progressive Youth Group“. In ihr wirkte jedoch nicht etwa eine anti-kommunistische Strömung, sondern sie war infolge der Tatsache, daß ihr zahlreiche junge Schwarze aus wohlhabenden christlichen Negerfamilien angehörten, gegen die Agitationskraft der marxistischen Ideen mehr oder weniger gefeit. Die Kommunisten versuchten im Jahre 1939, als der „Modern Trend“ eben erst seit einem Jahr bestand, auch hier die Führung in die Hand zu bekommen. Aber eben hier scheiterte ihre Bemühung um eine „Einheitsfront“ der Negerjugend. Das bedeutete mehr als nur eine momentane Schranke für den kommunistischen Einfluß. Es war vielmehr ein Ereignis, das allen Schwarzen, die an eine christliche Demokratie glaubten, neuen Mut einflößte. Dazu trug entscheidend bei, daß die Mitglieder des „Modern Trend“ einflußreiche Leute waren, deren Stimme auch in den anderen Organisationen der Negerjugend Gewicht hatte, und nicht nur bei den Schwarzen, sondern selbst im übrigen Land, wo man die Vorgänge in Harlem mit großem Interesse verfolgte. Die Kommunistische Partei verlor übrigens auch viel von ihrem Ansehen bei den Negern wie in Amerika überhaupt durch das deutsch-russische Bündnis im Jahre 1939, das das Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Klarheit der Doktrin schwer erschütterte. Seither beginnt der kommunistische Einfluß unter den jungen Schwarzen zurückzugehen; wenigstens glauben die jungen schwarzen Christen daran, obwohl die Agitation, die die kommunistische Partei entfaltet, gerade gegenwärtig durch die Propaganda der „American Youth for Democracy“, unter welchem neutralem Namen sich die ehemalige „Young Communist League“ versteckt, in den Mittelschulen, zumal auch in Harlem, sehr tätig ist. Ihre stärkste Waffe ist dabei stets ihre tätige Opposition gegen die Rassengesetze und die Degradierung der schwarzen Rasse.

Aber die christliche Bewegung gewinnt gleichzeitig immer weiter an Boden in der schwarzen Jugend. Neben dem 1934 gegründeten „United Christian Youth Mouve-

ment“ ist eine Reihe neuer christlicher Organisationen entstanden, die für die Gleichheit der Rechte kämpfen. Sie stehen zum großen Teil auf dem Boden einer der zahlreichen protestantischen Kirchen.

Das „United Christian Youth Movement“ ist eine allgemeine christliche Jugendbewegung, nicht nur der Schwarzen, der aber viele schwarze christliche Gemeinschaften beigetreten sind. Sie arbeiten in „Karawanen“, worunter sie Gruppen verstehen, die kleinere Städte besuchen, um dort die konfessionellen Jugendführer bei der Ausarbeitung ihrer religiösen Arbeitspläne und der Vorbereitung fesselnder und ernsthafter Jugendkreisarbeiten zu unterstützen. Diese „Karawanen“ sind häufig rassistisch gemischt, und schwarze und weiße Jugendliche von ungefähr gleichem kulturellem Niveau lernen sich hier in der gemeinsamen Arbeit wirklich näher kennen. So besteht denn auch der Wert dieser Kurse weniger in dem, was gelehrt wird, als eben in diesem gemeinschaftlichen Leben der Jugend verschiedener Rassen. Als die lebendigste gilt die christliche Jugendgruppe von Harlem, die ihre Abordnungen in die verschiedenen Kirchen der Negerstadt schickt. Sie hält Studientagungen für die örtlichen Jugendführer und arbeitet in den sozialen Werken mit, die sehr viel Gutes tun. Sie steht auch in enger Verbindung mit dem „Modern Trend“.

Auch hier handelt es sich um die Jugend der schwarzen protestantischen Kirchen. Auch die katholische Kirche setzt sich jedoch mit Nachdruck für die endliche Überwindung der Rassendiskriminierung ein, wie der Hirtenbrief des Bischofs von Grand Rapids (Michigan), Msgr. Haas, beweist, den wir in diesem Heft bringen.

Im Jahre 1937 hatte man amerikanischen Rabbinern einen Fragebogen vorgelegt über Theologie, jüdische Lebensphilosophie, soziale Aufgaben der Religion, Wirtschaft, bürgerliche Freiheiten, rassistische Diskriminierung u.a.m. Josef Zeitlin berichtet in „Disciples of the Wise“ über diese Umfrage (New York, Columbia Universitäts-Druckerei 1945). 218 Antworten waren eingegangen. Die Beantworter teilt der Verfasser in drei Gruppen: Reformisten, Konservative und Orthodoxe. Die meisten Antworten stammen von den beiden ersten Gruppen. Der dritten Gruppe kann man 33 Rabbiner zurechnen. Nur diese erkennen das Übernatürliche an, die beiden anderen Gruppen nehmen einen naturalistischen Standpunkt ein. Die Orthodoxen glauben an ein nationalistisches Judentum, während die Reformisten universalistisch denken. Bei der konservativen Gruppe macht sich eine Synthese zwischen beiden Tendenzen bemerkbar. Alle Gruppen des Rabbinertums zeigen ein verstärktes Verantwortungsbewußtsein für Wohlfahrt und Sicherheit des Individuums. Sein Einflußbereich ist im Wesentlichen der jüdische Teil der amerikanischen Mittelklasse. Ihr bringen sie die Botschaft der jüdischen Tradition und zeigen ihr den jüdischen Lebensstil als lebenswert. Ihre Aufgabe sehen sie in Richtung einer allgemeinen sozialen Reform; dieser müßten auch die nationaljüdischen Anstrengungen dienen, man müsse sich wirtschaftlich vom strikten Individualismus entfernen und sich einer gemäßigten Sozialisierung nähern. Darin sind sich die Konservativen mit den Reformisten einig. Sie bekennen sich zum Liberalismus auf einem allgemeinen kulturellen Hintergrund. Ihre philosophischen Unterschiede sind kaum groß genug, um beson-

dere Gruppen zu rechtfertigen. Das erinnert an eine ähnliche Situation wie unter den verschiedenen protestantischen Sekten. So entsteht eine allmähliche Angleichung; unter den Reformisten, den bisherigen Vertretern des Universalismus zeigen sich schon nationalistische Tendenzen, während die jungen Mitglieder der Orthodoxen sich dem starken Einfluß der sie umgebenden nichtjüdischen Welt immer weniger entziehen.

Auch Kanada hat den Gedanken des „Grand Retour“, der „Großen Rückkehr“ übernommen (vgl. Herder-Korrespondenz, Heft 6/7, S. 303). Die wundertätige Statue der Muttergottes vom Rosenkranz, die am Kap der Madeleine verehrt wird, ist am 1. Mai von dort zu einer Wallfahrt durch das Land abgeholt worden, die auf dem Marianischen Kongreß in Ottawa im Juni enden soll. Man erwartet eine große Teilnahme des Volkes und große religiöse Volkskundgebungen, die denen in Frankreich gleichen.

Der Erzbischof von Rio de Janeiro, Kardinal Jaime de Barros Camara, erklärte in einem großen Hirtenschreiben, daß die *Wiederherstellung und sichere Begründung der christlichen Familie* der Kernpunkt jeder gesellschaftlichen Reform sein müsse. Der Kardinal findet in diesem Hirtenbriefe sehr scharfe Worte über die offenen Wunden am Leibe der Gesellschaft.

„Wir sehen große Unterschiede im wirtschaftlichen Leben, Überfülle auf der einen und Armut auf der andern Seite. Das Bestehen eines Schwarzen Marktes kann nicht geleugnet werden; weiß Gott, welche Ausdehnung er gewonnen hat und welche Unterstützung er genießt. Der Gewinn, den das Kapital z. B. aus den Wohnungen des Mittelstandes und der ärmeren Schichten bezieht, steht in keinem vernünftigen Verhältnis zu seiner Leistung. All das ist abscheulich. Aber die eigentliche, gigantische Krise, die alle anderen erklärt, ist die geistige Krise.“

Der Bundeskongreß der Republik Guatemala hat ein Gesetz erlassen, das eine absolute *Regierungskontrolle über Presse und Radio* einführt. Das neue Gesetz bestimmt, daß „Zeitungen und Radiostationen, die religiösen Organisationen oder religiösen Gruppen oder Mitgliedern derselben oder Geistlichen gehören, keinerlei Ausführungen über politische Fragen und über Arbeiterorganisationen machen dürfen“. Es hat also für die Kirche Guatemalas sehr einschneidende Folgen. Die gesamte von der Regierung unabhängige *Presse Guatemalas bekämpft* das Gesetz aufs schärfste.

Aus dem geistigen und wissenschaftlichen Leben

Internationale Vereinigung der Universitätsprofessoren und Dozenten

Vom 9. bis 14. 4. 1947 tagte in Brüssel die 2. Generalkonferenz der „International Association of University Professors and Lecturers“ (I.A.U.P.L.). Anwesend waren

über 100 Vertreter aus den Ländern: Belgien, Burma, China, England, Frankreich, Guatemala, Indien, Kanada, Niederlande, Palästina, Polen, Schweiz, Schweden, U.S.A., dazu auch Vertreter der UNESCO. Die russischen Vertreter waren nicht erschienen. Die ehemaligen Feindesländer waren noch nicht eingeladen. Über 20 andere Länder waren wegen der Zeitverhältnisse nicht vertreten. Das Ziel der Vereinigung ist, die akademische Brüderlichkeit unter den Hochschullehrern der verschiedenen Länder zu fördern, die Freiheit der Wissenschaft zu schützen und alle akademischen Probleme zu studieren. Die I.A.U.P.L. ist ein Kind des 2. Weltkrieges. Die nach England geflüchteten Hochschullehrer bildeten in London zunächst „Die Vereinigung der Professoren und Dozenten der Alliierten Länder in Großbritannien“; diese wurde im September 1944 zur I.A.U.P.L. erweitert. Eine ähnliche Bewegung bestand schon vor dem Kriege unter dem Namen „Die Internationale Universitätskonferenz“, die 1934 in Oxford eröffnet wurde und später Konferenzen in Grenoble (1935), in Heidelberg (1946) und in der Schweiz (1938) hielt.

Neben verschiedenen gesellschaftlichen Veranstaltungen hat die diesjährige Konferenz 6 Sitzungen abgehalten, auf denen folgende wichtige Themen behandelt wurden.

1. *Die internationalen Funktionen der Universität.* Im Mittelpunkt stand hier die Organisation der Gastprofessuren, der Gastdozenten und des Auslandsstudiums der Studenten. Dabei betonte man die Bedeutung der Teilnahme der Studenten am Leben guter Familien des Gastlandes, damit sie leichter das Leben des Landes richtig kennen lernen.

2. Am folgenden Tage konzentrierte sich die Diskussion auf *Studentenfragen.*

a) *Die Gesundheit der Studenten.* Wie bereits in manchen Universitäten der Fall ist, wurde eine allgemeine ärztliche Untersuchung und Betreuung lebhaft gefordert. Interessant ist die Tatsache, daß selbst die amerikanischen Studenten in guten Zeiten zu 1 % unter Tbc. und zu 50 % unter Tbc.-Gefahr leiden. Und dies nicht etwa, weil sie nicht genug zu essen, sondern weil sie z. T. keine Zeit und Ruhe zum Essen haben; z. T. nicht wissen, wie und was sie essen müssen. Dabei ist der Fehler bestimmt nicht nur bei den Studenten zu suchen.

b) Das „*Studenten-Personal-Komitee*“. Die Studenten sollen offiziell zur Führung mitherangezogen werden. Die medizinische Fakultät der Universität Lüttich z. B. hat dies bereits mit großem Erfolg durchgeführt. Trotzdem wurde diese Einrichtung auch heftig kritisiert. Ein Engländer war der Ansicht, daß die Differenzen zwischen Lehrer und Schüler gemütlich bei einem Glas Bier geklärt werden müßten. Ein chinesischer Vertreter machte die Konferenz darauf aufmerksam, daß man den Kontakt mit Studenten immer aufrecht erhalten müsse, während die Form des Kontaktes den einzelnen Universitäten überlassen werden solle. Ihm erscheint der Name „Studenten-Personal-Komitee“ nicht besonders glücklich gewählt, obwohl er sehr demokratisch klingt.

3. Am dritten Tag war u. a. die *Freiheit der Forschung* das wichtigste und am lebhaftesten erörterte Thema. Man verlangte hier die „absolute“ Freiheit der Forschung, die in Wirklichkeit wohl nicht besteht. Man machte darauf aufmerksam, daß nicht nur manche Regierungen, sondern auch die Industriellen ihre Forschungsergebnisse geheim-